

03 / 04 / 05 / 17

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

524 Verkehrstote in 2016

NRW reagiert mit Schwerpunktkontrollen

> MULTIFUNKTIONALES AMOK-TE-TRAININGSZENTRUM IN SELM

> ERMITTLUNGSERFOLGE BEI EINBRUCH UND TASCHENDIEBSTAHL

»524 Mal traf es einen Vater, eine Mutter, die Tochter oder den Sohn.«

Bernd Heinen
Inspekteur der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Liebe Leserinnen und Leser,

524 Kolleginnen und Kollegen bilden das Titelbild dieser Streife. Bei strahlend blauem Himmel füllen sie den Sportplatz des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten in Selm-Bork. Menschen mit individueller Persönlichkeit und einer ganz eigenen Art zu reden, zu lachen, zu lieben und zu leben. Unverwechselbar für uns als Kolleginnen und Kollegen – und erst recht für ihre Familien und ihren Freundeskreis.

524 Menschen sind im vergangenen Jahr auf den Straßen in NRW bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen. Jedes Opfer ebenfalls eine individuelle Persönlichkeit.

524 Mal war es keine abstrakte Zahl in der Statistik, sondern es traf einen Vater, eine Mutter, die Tochter oder den Sohn. Von jetzt auf gleich aus der Welt gerissen, hinterlässt ein Unfallopfer zahlreiche weitere Menschen fassungslos und entsetzt. Für ihre Familien und ihre Freunde ist die Welt nicht mehr derselbe.

Neben den Getöteten stehen auch Schwerverletzte in unserem Fokus. Was wir im Dienstalltag kurz und knapp als »VU-P« bezeichnen, markiert für Betroffene einen Augenblick, der häufig das ganze Leben beeinflusst. Der Erfahrungsbericht eines Kollegen, der einen solchen »VU-P« nicht als Polizist, sondern als Angehöriger erleben musste, hat mich tief beeindruckt. Seine Söhne wurden bei einem Unfall schwer verletzt. Zwei von 13.574 Schwerverletzten im Jahr 2016.

In dieser Ausgabe der Streife stellen wir Ihnen die Verkehrsunfallstatistik 2016 vor. Die Polizei NRW hat im vergangenen Jahr 640.027 Verkehrsunfälle aufgenommen. Auf den ersten Blick vielleicht nur Zahlen. Auf den zweiten Blick aber oft Einschnitte und Wendepunkte im Leben von Menschen. Genau diese Schicksale zeigen uns, dass der Straßenverkehr in einem Kanon multipler Gefahren nicht losgelöst zu betrachten ist, sondern erhebliches Gewicht hat.

Gefahren gar nicht erst entstehen zu lassen, ist nicht nur gesetzlicher Auftrag, das ist auch das Selbstverständnis der Polizei unseres Landes. Unfälle sind vermeidbar. Sie werden durch Fehlverhalten und Regelverstöße verursacht.

Wir alle können zur Verkehrssicherheit durch regelkonformes Verhalten beitragen. Dafür gibt es viele gute Gründe – um genau zu sein 640.027.

Ihr Bernd Heinen

INHALT

- 02 __ Editorial
- 65 __ Impressum

TITEL

- 04 __ **Kleine Ablenkung, schwerwiegende Folgen** Verkehrspräventionsvideos der HS OWL

VERKEHR

- 12 __ **Verkehrsunfallstatistik NRW 2016** 524 Menschen gestorben
- 16 __ **Ein Unfall verändert alles** Zwei junge Menschen kämpfen sich wieder ins Leben zurück

EINSATZ

- 18 __ **Aufpasser mit scharfem Auge** Videobeobachtung in sieben NRW-Städten
- 22 __ **Effektives Proben für den Ernstfall** Länderübergreifende Anti-Terror-Übung mit der Bundeswehr
- 26 __ **Multifunktionales Amok-TE-Trainingszentrum** Polizei NRW bereitet sich auf terroristische Anschläge vor

KRIMINALITÄT

- 30 __ **Grenzüberschreitender Fahndungs- und Kontrolleinsatz** NRW-Polizei sorgt offensiv für mehr Sicherheit
- 31 __ **Erfolgreiche Wohnungseinbruchprävention** KD Wolfgang Hermanns zu aktuellen polizeilichen Aktivitäten
- 34 __ **Koordinierte Zusammenarbeit führte zum Erfolg** Mehr als 300 Wohnungseinbrüche konnten aufgeklärt werden
- 38 __ **»Wenn man einmal den richtigen Ansatz hat, dann hat man auch Erfolg!«** Vier Profi-Einbrecher stehen jetzt in Hagen vor Gericht
- 40 __ **Flächendruck auf Taschendiebe** Kölner Taschendiebe im Visier

AUS- UND FORTBILDUNG

- 42 __ **Selbstlernkurs »Sexuelle Gewaltdelikte«** E-Learning-Anwendung des LAFF
- 46 __ **Engagement für die Zukunft der Polizei** Die Arbeit der Tutoren ist unentbehrlich
- 50 __ **Neue Räume für mehr Studierende** Eröffnungsfeier zum Neubau der FHÖV NRW in Köln

TECHNIK

- 54 __ **An der Wiege von »VIVA«** Erfahrungen mit dem neuen Vorgangsbearbeitungssystem
- 56 __ **Digital und standardisiert bestellen und abrechnen** Mehr Transparenz durch epos.nrw
- 58 __ **Ein neuer Stern in der Fahrzeugflotte** Der Mercedes »Vito« ist ab Herbst im Polizeieinsatz

SPORT

- 62 __ **Sportlerehrungen im Ruhrstadion in Bochum** Polzeisportlerinnen und Polzeisportler NRW des Jahres 2016
- 64 __ **Prominente Polzeisportler** Festliche Ehrung durch das Deutsche Polzeisportkuratorium

PERSONALIEN

- 65 __ **Bertram Welsing** Neuer Leiter der Direktion GE beim PP Bielefeld
- 65 __ **Wilfried Bergmann** Neuer Abteilungsleiter Polizei der KPB Siegen-Wittgenstein

PREISRÄTSEL

- 66 __ **10. Philharmonisches Konzert »natur_erlebnis«** Die »Streifen« verlost 4 x 2 Freikarten



20 EFFEKTIVES PROBEN FÜR DEN ERNSTFALL

Foto: Jochen Tack



Die Studentin Maria Stork (l.) und Prof. Kathrin Lemme (r.) von der Hochschule Ostwestfalen-Lippe stellen die Videos gemeinsam mit NRW-Innenminister Ralf Jäger im Polizeipräsidium Dortmund vor.

Foto: Jochen Taack



PRÄVENTIONSVIDEOS VON STUDIERENDEN DER FH OWL

KLEINE ABLENKUNG, SCHWER- WIEGENDE FOLGEN

Die Kreispolizeibehörden (KPB) Paderborn und Lippe haben zusammen mit Studierenden der Hochschule Ostwestfalen-Lippe (HS OWL) eigene Präventionsvideos erstellt, die eindringlich auf Gefahren am Steuer hinweisen. Neben dem Handy können auch das Navi oder die Musikauswahl am MP3-Player beim Fahren ablenken. Die Spots senden deshalb die klare Botschaft: der Blick beim Fahren gehört auf die Straße.



Theo sitzt am Steuer seines Pkws und fährt über eine Landstraße. Plötzlich ertönt ein Signalton aus seinem Handy. Es ist eine Nachricht von seiner Mutter. Genervt blickt er auf das Display und liest ihre Nachricht: »Wo bleibst du?« Es folgen weitere Nachrichten von Theos Freunden, die ihn auf einer Party erwarten. Theo schaut immer wieder auf das Display. Er fährt zunehmend unkonzentrierter, bis er schließlich frontal in ein entgegenkommendes Fahrzeug rast. Ein Team aus 19 Studierenden des Fachbereichs Medienproduktion an der HS OWL hat diese Szene in enger Abstimmung mit den Kreispolizeibehörden Paderborn und Lippe gedreht. Ergebnis der erfolgreichen Zusammenarbeit sind insgesamt drei kurze Spots, die mit dem Slogan »Be smarter than your phone!« schließen und sich direkt an die Zielgruppe der jungen Autofahrer richten.



DIE SPOTS SIND VON DER ZIELGRUPPE FÜR DIE ZIELGRUPPE GEMACHT.

nrw Innenminister Ralf Jäger

Auf einer Pressekonferenz Ende März im Polizeipräsidium Dortmund würdigte NRW-Innenminister Ralf Jäger die behördenübergreifende Zusammenarbeit zwischen den KPB Paderborn und Lippe und den Studierenden der Hochschule: »Ich halte es für eine pfiffige Idee, dass die Studierenden bei diesem Projekt eingebunden worden sind.« Die Spots sind von der Zielgruppe für die Zielgruppe gemacht. So erreicht die Botschaft gerade die jungen Autofahrer unter Dreißig, die mit Handy und Tablet aufgewachsen sind. Auf Initiative des MIK NRW werden die Präventionsvideos der Hochschule deshalb auch Teil der landesweiten Kampagne »Lenk dich nicht app. Kein Handy am Steuer!«



Fotos (3): Polizei NRW - You Tube



Prof. Kathrin Lemme (Hochschule Ostwestfalen-Lippe): »Jeder hat beim Fahren eine Verantwortung gegenüber den anderen Verkehrsteilnehmern.«

»WIR WOLLEN BEI DEN FAHRERN EIN BEWUSSTSEIN DAFÜR SCHAFFEN, DASS EBEN AUCH KLEINE ABLENKUNGEN GRAVIERENDE FOLGEN HABEN KÖNNEN«

Prof. Kathrin Lemme

Die Betroffenheit wird spürbar gemacht

»Wir wollen bei den Fahrern ein Bewusstsein dafür schaffen, dass eben auch kleine Ablenkungen gravierende Folgen haben können«, erklärt Professorin Kathrin Lemme, die das Projekt mit den Studierenden an der HS OWL betreut hat. Gedreht wurde an insgesamt vier Tagen. Drei Tage davon waren die Studierenden auf der Straße und einen Tag im Studio. Zudem investierte das Team einen Tag für zusätzliche Dreharbeiten zu nachgestellten Unfallbildern. Die Initiative für die Spots kam zunächst von Polizeihauptkommissar (PHK) Ulrich Krawinkel, Pressesprecher bei der KPB Paderborn: »Da herkömmliche Flyer gerade die junge Zielgruppe kaum erreichen dürften, entschieden wir uns für kurze Videos, die sich in den sozialen Netzwerken viral verbreiten lassen.« Interessant war für PHK Krawinkel vor allem, wie die Studierenden an >

das Thema herangehen würden. Im Vorfeld der Dreharbeiten zeigte er den Studentinnen und Studenten echte Bilder von Unfallorten. »Unter diesen Bildern war auch ein Mädchen aus meinem Heimatort, das bei einem Unfall zu Tode gekommen ist. Das hat mich auch über die Produktion der Spots hinaus dazu gebracht, meine Freunde und meine Familie zu ermahnen, das Handy beim Fahren aus der Hand zu nehmen«, erzählt die Studentin Maria Stork, die bei den Spots die Regie übernahm. Diese Betroffenheit findet sich in den Präventionsvideos durchaus wieder. Die Herangehensweise der Studierenden an das sensible Thema hat PHK Krawinkel fasziniert: »Es ist ihnen hervorragend gelungen, das Thema Ablenkungen personifiziert in das Auto zu holen und aus einem humorvollen Einstieg in die eigentliche Tragik der Schuld an der Unfallursache überzuleiten.«



PHK Ulrich Krawinkel (KPB Paderborn) hatte die Idee zu den Spots.

»ES IST IHNEN HERVORRAGEND GELUNGEN, DAS THEMA ABLENKUNGEN PERSONIFIZIERT IN DAS AUTO ZU HOLEN UND AUS EINEM HUMORVOLLEN EINSTIEG IN DIE EIGENTLICHE TRAGIK DER SCHULD AN DER UNFALLURSACHE ÜBERZULEITEN.«

phk Ulrich Krawinkel

Schockierende Bilder

Im zweiten Spot schaltet Theo über sein Smartphone die Musik ein. Plötzlich sitzt eine Opernsängerin auf dem Beifahrersitz und trällert ihm ins Ohr. Genervt wechselt Theo die Playlist und im nächsten Moment ist der Wagen voll mit Rockern, die ihn mit



Fotos (4): Polizei NEW – You Tube



Heavy Metal zudröhnen. Theo zieht den Stecker, woraufhin der Nachrichtensprecher aus dem Radio gegenüberstzt. Wieder ist Theo abgelenkt und übersieht den haltenden Bus. Den Bruch von der Unterhaltung zum Ernst des Themas vollziehen alle Videos abschließend mit kurz eingeblendeten, aber wirkungsvollen Bildern des Unfallortes. Denn die Geschichte geht weiter: Theo hat durch sein Verhalten die 17-jährige Hanna getötet. Die Feuerwehr steigt in den von der Fahrbahn abgekommenen Bus. Kurz darauf ist ein Bild des Mädchens im Bus zu sehen. Dazu das verstörte Gesicht von Theo, der allmählich begreift, dass ihn die Konsequenzen seines Handelns noch sein ganzes Leben begleiten werden. Das Produktionsteam wollte auf keinen Fall Fotos von realen Unfällen in die Spots integrieren, sondern die Schockbilder selbst erstellen, um sie in den direkten Kontext zum Protagonisten Theo zu stellen. Die KPB Lippe half den Studierenden dabei, die Szenerie für die Spots möglichst authentisch nachzustellen. »Für die Dreharbeiten haben wir eine wenig befahrene Landstraße im Kreis Lippe einen ganzen Tag über sperren lassen, um für die Sicherheit der Studentinnen und Studenten am Set zu sorgen«, berichtet Polizeirätin (PR´in) Jennifer Brink, Direktionsleiterin Verkehr bei der KPB Lippe.

Der dritte Spot greift die Ablenkung durch das Navi auf. Plötzlich sitzt eine junge Dame auf dem Beifahrersitz und fordert Theo auf, umgehend zu wenden. Theo blickt irritiert ins Navi und übersieht einen Motorradfahrer. Wieder hat er einen Unfall verursacht und diesmal den 20-jährigen Martin getötet. >

DIE KPB LIPPE HALF DEN STUDIERENDEN DABEI, DIE SZENERIE FÜR DIE SPOTS MÖGLICHST AUTHENTISCH NACHZUSTELLEN.



PR'in Jennifer Brink, Direktionsleiterin Verkehr, und
PD Bernd Stienkemeier, KPB Lippe

»DIE NEBENWIRKUNGEN DER HANDY-NUTZUNG AM STEUER SIND DEM FAHRER HÄUFIG KAUM BEWUSST.«

pr'in Jennifer Brink

Junge Menschen erreichen

Die drei Spots sollen sich vor allem unter jungen Menschen über die sozialen Netzwerke weiter verbreiten. »Es geht ja nicht darum, dass dich die Polizei bestraft, sondern darum, dass jeder beim Fahren eine Verantwortung gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern hat«, sagt Kathrin Lemme. Gleichaltrige Studierende lassen die Erfahrungen und ihre Lebenswirklichkeit unmittelbar in die Geschichten einfließen. Theo ist eine Identifikationsfigur, in die sich jeder Autofahrer hineinversetzen kann. Er überlebt den Unfall, trägt aber die ganze Last der Schuld. Hier liegt die zentrale Botschaft der Spots: bereits eine kleine Ablenkung kann schwerwiegende Konsequenzen haben. Die Macher erhoffen sich eine positive Auswirkung auf die Verkehrsunfallstatistik: Smartphones sollen in Zukunft weniger häufig die Ursache von schweren Verkehrsunfällen sein. »Dieses Thema ist in den Köpfen der Menschen noch nicht ansatzweise angekommen«, mahnt der Leitende Polizeidirektor (LPD) Rüdiger Wollgramm, Verkehrsreferent im MIK NRW. »Die Nebenwirkungen der Handynutzung am Steuer sind dem Fahrer häufig kaum bewusst.« Jennifer Brink berichtet, wie sie im Kreis Lippe eine Autofahrerin wegen eines Handyverstoßes anhalten musste: »Die junge Fahrerin wurde nur wenige Minuten später von einer anderen Streife erneut mit dem Smartphone am Steuer angehalten. Da schütteln wir nur den Kopf und fragen uns, ob die einmalige Kontrolle nicht schon für ein Umdenken ausreichen müsste.«

Externen Sachverstand nutzen

Ralf Jäger spricht sich für ein Bündel von Sanktionen aus. So sollen etwa die Bußgelder verschärft werden. Polizeiliche Präventionsarbeit muss dem Bedürfnis nach ständiger Erreichbarkeit und der Nutzung von mobilen Geräten im Auto entgegenwirken. Die Videos sind zwar sehr eindringlich, machen regelmäßige Kontrollen der Polizei aber natürlich nicht überflüssig.

Kathrin Lemme würde sich freuen, auch bei künftigen Medienprojekten mit der Polizei NRW zusammenzuarbeiten. Die Bereitschaft für weitere Kooperationen unterstreichen auch die Polizistinnen und Polizisten der KPB Paderborn und Lippe. Rüdiger Wollgramm betont: »Das gelungene Ergebnis zeigt, dass Polizeibehörden in solchen Kooperationen effektiv zusammenwirken können. Ich kann nur dazu animieren, den Sachverstand und die Kompetenzen außerhalb der Polizei auch landesweit zu nutzen, um die Zielgruppen besser zu erreichen.« **/// Alexander Lorber**

**»DAS GELUNGENE
ERGEBNIS ZEIGT, DASS
POLIZEIBEHÖRDEN IN
SOLCHEN KOOPERATIONEN
EFFEKTIV ZUSAMMEN-
WIRKEN KÖNNEN.«**

lpd Rüdiger Wollgramm



Fotos (2): Jochen Taack

LPD Rüdiger Wollgramm, Verkehrsreferent im MIK NRW

Verkehrsunfallstatistik NRW 2016

524 Menschen gestorben

Das Titelbild dieser Ausgabe macht es deutlich: Auf dem Sportplatz des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten in Selm-Bork bilden Kommissaranwärterinnen und -anwärter die Zahl der Verkehrstoten im letzten Jahr – 524. Eine Kameradrohne wurde eingesetzt, um zu veranschaulichen, dass hinter dieser Zahl viele einzelne Menschen stehen. Jeder von ihnen steht für einen Unfalltoten, den es im Jahr 2016 in NRW gegeben hat. 524 Leben wurden abrupt beendet. Alle hinterließen trauerende Familien und Freunde.

Am 20.02.2017 verkündete NRW-Innenminister Ralf Jäger die Verkehrsunfallentwicklung. Demnach sind im letzten Jahr 524 Menschen bei Verkehrsunfällen gestorben. Auch die Anzahl der Schwerverletzten stieg im Jahr 2016 um drei Prozent auf 13.574 Personen. Durch umsichtiges und vorausschauendes Fahrverhalten, aber vor allem durch das Beachten der Verkehrsregeln, könnten viele dieser Unfälle mit Toten und Schwerverletzten vermieden werden. Doch die Realität sieht anders aus – wie Minister Jäger betonte. Ihn beunruhigt zunehmend die Ablenkung durch Smartphones.

»Lenk dich nicht app. – Kein Handy am Steuer.«

»Vielen ist noch immer nicht klar, wie gefährlich selbst ein kurzer Blick aufs Display ist. Wer während der Fahrt online ist, ist vielleicht bald für immer offline«, warnte Jäger. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen verzeichnete 2016 rund 164.000 Handy-Verstöße. Die Dunkelziffer der Menschen, die während der Fahrt mit ihrem Handy hantieren, ist um ein Vielfaches höher. Es fehlt das Bewusstsein, wie gefährlich die Handynutzung am Steuer wirklich ist. Das reine Telefonieren über Freisprechanlagen sei dabei nicht das Problem, betonte der Minister. Ihm geht es um das Aufnehmen

des Handys und vor allem um das Schreiben von Nachrichten sowie das Surfen im Netz. Auch wenn man nur für Sekunden abgelenkt ist, könne das tödliche Folgen haben. Die Polizei NRW startete Ende 2016 die Präventionskampagne mit dem Titel »Lenk dich nicht app. Kein Handy am Steuer«. Die »Streife« berichtete in ihrer vorletzten Ausgabe (#12/16/01/17) ausführlich darüber. Doch allein Prävention und Aufklärung reichen nach Ansicht von Ralf Jäger nicht aus. Er fordert auch empfindliche Strafen. Gerade Handy-Vergehen blieben viel zu oft ungesühnt. »Und wenn nichts passiert, wird so ein Verhalten auch nicht abgestellt«, so Ralf Jäger. Dazu fehlt es bislang aber an tauglichen Gesetzen. »Die Straßenverkehrsordnung hinkt der Technik von heute hinterher«, sagte der Minister. Wer in einem Auto mit Start-Stopp-Automatik an der Ampel sitzt, könne völlig rechtskonform mit dem Smartphone hantieren. Auch ungestraft bleibt bisher z. B. das Schauen eines Videos mittels Tablet-PC. »Diese Schlupflöcher müssen schnell gestopft werden«, appellierte Jäger an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt. Das gilt auch ganz besonders für die Gefahr durch grob rücksichtsloses Verhalten im Straßenverkehr. »Die Strafen müssen den Tätern richtig wehtun. Ganz einfach deshalb, weil so ein Verhalten besonders gefährlich ist. Mit 100 durch die Stadt. Bei 200 auf der Autobahn drängeln: Bei solchen Vergehen muss der Führerschein weg sein - und zwar lange. Die Bußgelder müssen spürbar sein und sich in solchen gravierenden Fällen an den Einkommen der Täter orientieren. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Was dem Normalverdiener schmerzt, bezahlen Spitzenverdiener aus der Portokasse«, so Minister Jäger.

Drei Todsünden auf der Autobahn

Abstand und Geschwindigkeit sind nach wie vor die Ursachen mit den gravierendsten Unfallfolgen. Polizeiliche Erkenntnisse und viele Studien lassen darauf schließen, dass auch die Ablenkung der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer aufgrund der Nutzung mobiler Kommunikationsgeräte eine erhebliche Rolle spielt.

Alle drei Ursachen führen besonders häufig zu tödlichen Unfällen. 2016 starben 80 Menschen auf den Autobahnen in NRW, das ist etwa ein Drittel mehr als im Jahr zuvor. »Geschwindigkeit bleibt der Killer Nummer Eins«, sagte der Minister. 2016 war in 163 Fällen zu hohe Geschwindigkeit mit Schuld an tödlichen Unfällen – jeder dritte Verkehrstote fiel ihr damit zum Opfer. Jägers ernüchterndes Fazit: »Auf der Autobahn wird mit harten Bandagen gekämpft. Das spiegelt sich in der Unfallstatistik wider.« Deshalb kontrollierte die NRW-Polizei ganz gezielt auf Autobahnen, um die Sicherheit auf den Straßen in NRW zu gewährleisten.

Umfassende Kontrollen für mehr Sicherheit auf den NRW-Autobahnen

Mit den Schwerpunktkontrollen am 21. März wurden an vielen Standorten in NRW Lkw- und Pkw-Fahrer auf der Autobahn kontrolliert. Dabei wurden hauptsächlich die Geschwindigkeit, der Sicherheitsabstand und auch die Nutzung von Handys am Steuer überprüft. Insgesamt waren rund 400 Beamtinnen und Beamte der Autobahnpolizei im Einsatz. Mit solchen Kontrolltagen setzt die Polizei NRW nicht nur ein deutliches Signal an die Verkehrsteilnehmer, sondern intensiviert auch die Repression gegenüber unaufmerksamen Kraftfahrzeugführern. Viele greifen während der Fahrt zu ihrem Smartphone, lesen und schreiben über WhatsApp oder surfen im Internet. NRW-Innenminister Ralf Jäger ist sich sicher, dass das Thema Ablenkung am Steuer die Polizei >

Unter »Verunglückte«
sind Getötete und
Verletzte zu verstehen

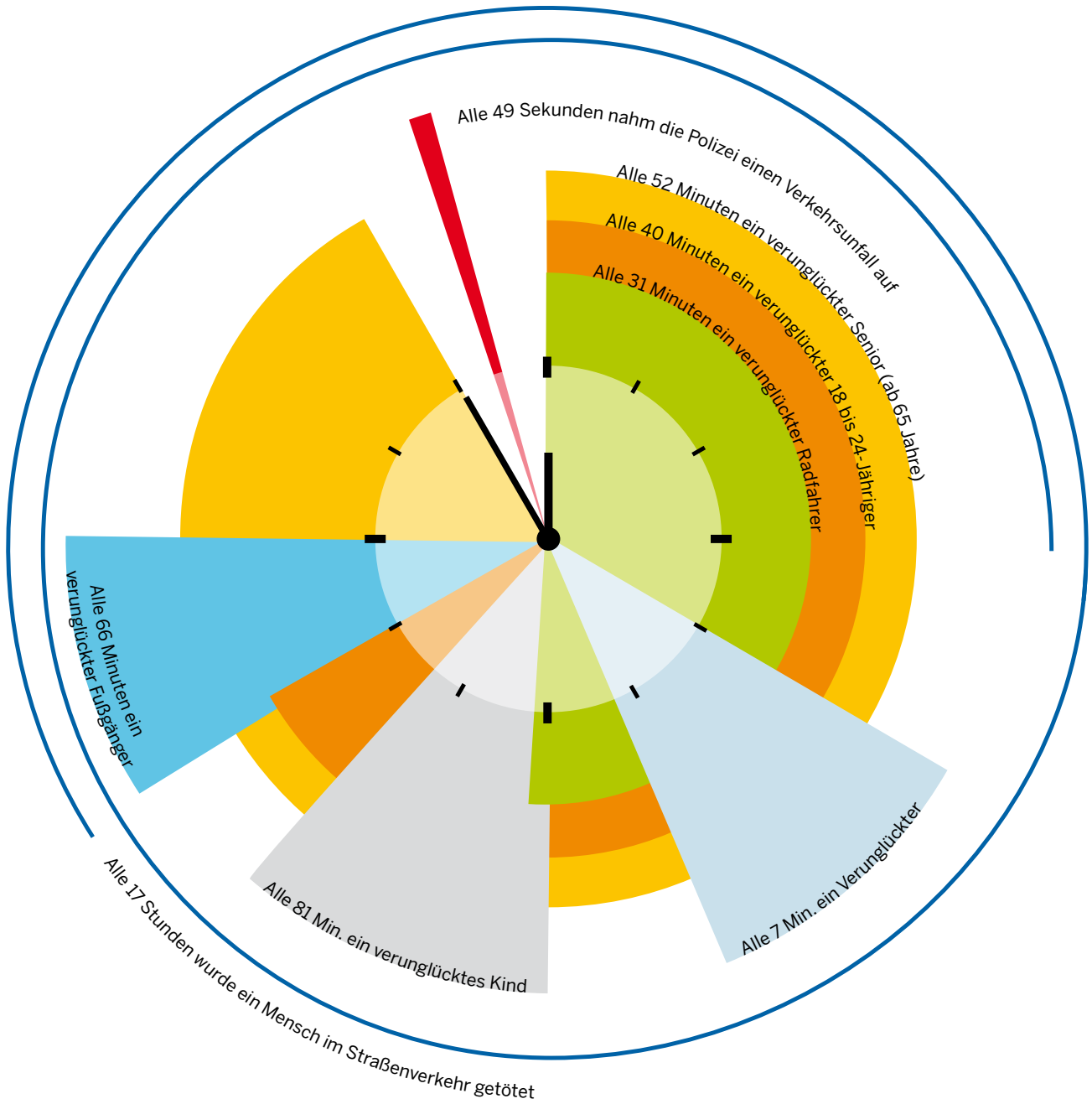




Foto: Medientelente, LAFP NRW

Die Zahl der Verkehrsunfalltoten in NRW im Jahr 2016 – anschaulich gemacht von 524 Statisten.

in NRW auch künftig massiv beschäftigen wird. Das Bewusstsein für ein verantwortliches Fahren im Straßenverkehr sei eben noch nicht bei allen Verkehrsteilnehmern angekommen.

Zahlreiche Medien berichteten ausführlich und durchweg positiv über diesen Schwerepunkteinsatz. »Die Begleitung solcher Kontrollen durch Medien ist sehr wichtig, weil sie eine breite Aufmerksamkeit generiert und die Menschen zum Nachdenken anregt«, so der Minister beim Besuch einer Kontrollstelle in Köln.

Mehr getötete Pkw-Insassen

Zurück zur Verkehrsunfallstatistik: Auf dem höchsten Stand seit fünf Jahren befindet sich die Zahl der getöteten Pkw-Insassen. Sie stieg 2016 um 30 Tote auf 225. Das entspricht einem Anstieg von 15 Prozent. Und das trotz ausgefeilter passiver Sicherheitssysteme. Aber selbst die intelligentesten Systeme helfen uns nicht, wenn wir die Basics vergessen. Und zu diesen Basics gehört es auch, sich anzuschallen, so Jäger.

Weniger tote Fußgänger und Motorradfahrer

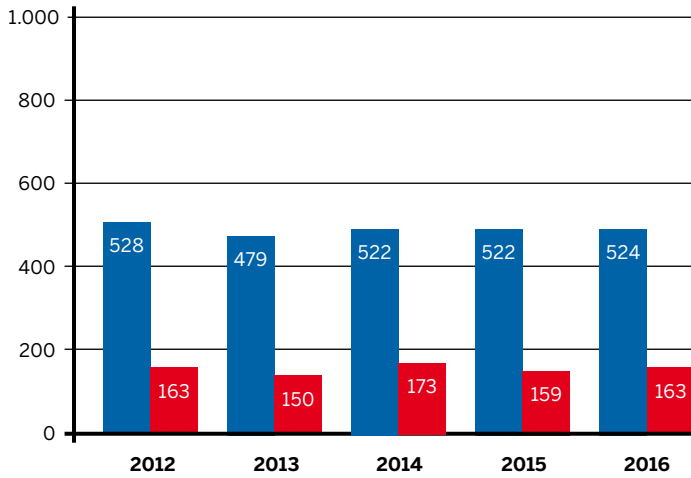
Neben den beunruhigenden Erkenntnissen, die die Verkehrsunfallstatistik für das Jahr 2016 bereithält, gibt es auch Lichtblicke. Während die Zahl der Verkehrstoten insgesamt stieg, kamen weniger Motorradfahrer ums Leben. 75 Getötete bedeuten einen Rückgang von rund elf Prozent. 105 Fußgänger kamen zu Tode – etwa 16 Prozent weniger als im Vorjahr. »Jeder Verkehrstote, jeder Verletzte ist einer zu viel«, sagte Jäger. »Deshalb dürfen wir nicht nachlassen, bei der Sicherheit nach dem bestmöglichen Standard zu streben: Verkehrsteilnehmer, die Industrie, aber auch Verbände und Behörden.« */// Redaktion Streife, Walter Liedtke, Alexander Lorber*

HINWEISE ZUR STATISTIK

Die Verkehrsunfalldaten 2016 sowie die Daten zu den Maßnahmen nach Verkehrsverstößen wurden zum 08.03.2017 festgeschrieben. Nach diesem Stichtag sind keine Buchungen mehr möglich. Grundsätzliche Verfahrensabläufe und Regelungen zum Umgang mit statistischen Daten zur Verkehrsunfallentwicklung des Landes NRW sind neu zu regeln. Das LZPD NRW wurde daher gebeten, »Richtlinien für die Führung der polizeilichen Verkehrsunfallstatistik« zu entwerfen und mit MIK NRW abzustimmen.

Verkehrstote

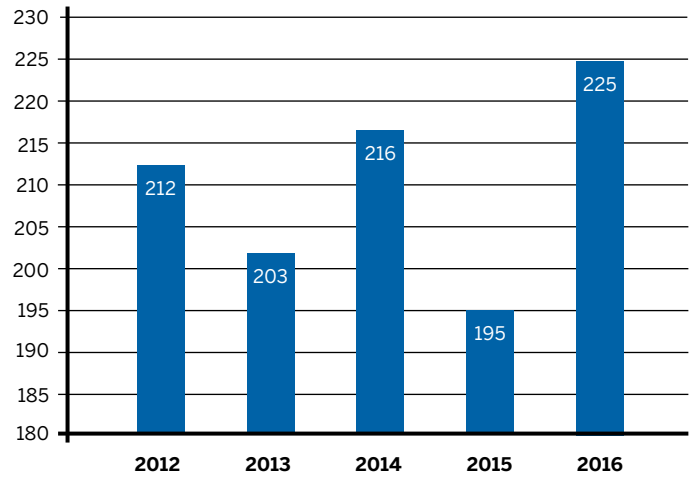
Zeitraum 2012 – 2016



■ Verkehrstote Gesamt ■ Verkehrstote mit Ursache Geschwindigkeit

Verkehrstote Pkw-Insassen

Zeitraum 2012 – 2016



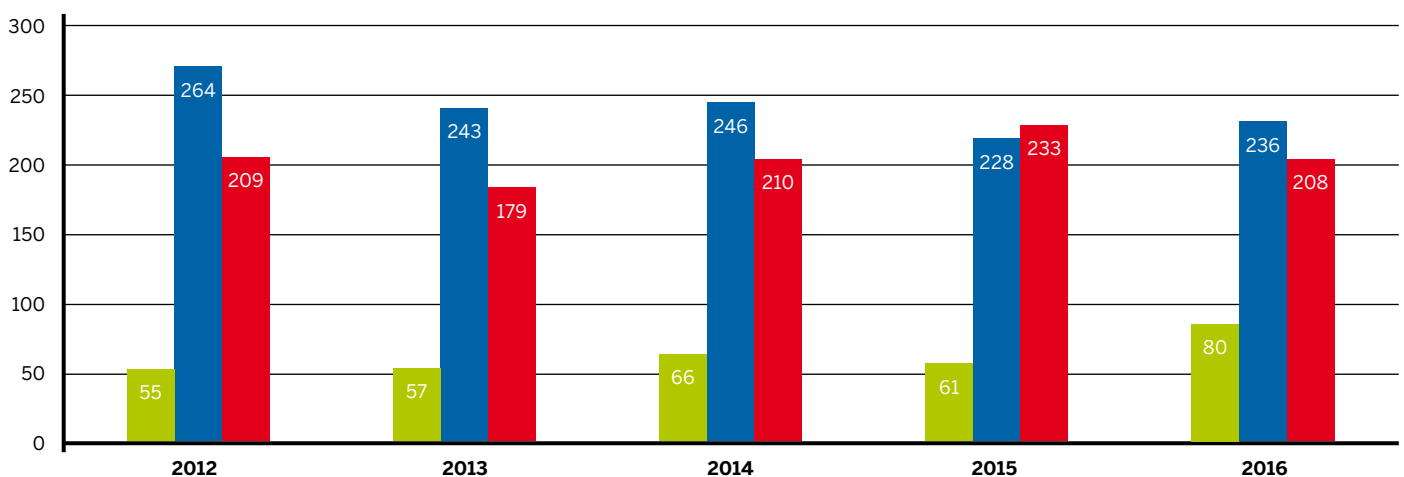
ERFOLGREICHE KONTROLLEN

Bei den landesweiten Schwerpunktkontrollen hat die Autobahnpolizei rund 200.000 Fahrzeuge überprüft. Insgesamt 5.000 Geschwindigkeitsübertretungen und 1.200 Abstandsverstöße sind festgestellt worden. Mehrere

Fahrzeuge wurden stillgelegt. Die Beamten registrierten rund 300 Handyverstöße. Ein Fahrer im Ruhrgebiet war mit 63 Stundenkilometern zu schnell unterwegs. Der Mann gab an, durch ein Telefonat über die Freisprecheinrichtung derart abgelenkt gewesen zu sein, dass er die Schilder nicht gesehen habe.

Verkehrstote nach Ortschaft

Zeitraum 2012 – 2016



■ Verkehrstote auf BAB ■ Verkehrstote a.g.o. (ohne BAB) ■ Verkehrstote i.g.o.

Datenbasis der drei Diagramme:
Endgültige Zahlen der Verkehrsunfallstatistik 2016

Ein Unfall verändert alles Zwei junge Menschen kämpfen sich wieder ins Leben zurück



Foto: flinkerhand /photocase.de

Polizeihauptkommissar Frank Kern arbeitet beim Verkehrsdienst im Polizeipräsidium Bielefeld. Im letzten Herbst verunglückten seine beiden Söhne bei einem Verkehrsunfall in Ostwestfalen schwer. Im Gespräch mit der »Streifen« berichtet er von dem Unfall und den Folgen.

Wir hatten am 2. Oktober 2016 eine Familienfeier in einem Landgasthof; es war ein 80ster Geburtstag. Ich war dort gemeinsam mit meiner Frau und meinen beiden 18 und 22 Jahre alten Söhnen. Den beiden wurde es im Verlauf des Abends langweilig und so verabschiedeten sie sich gegen 23 Uhr von der Feier, um sich noch mit Freunden zu treffen und etwas gemeinsam zu unternehmen.

Es hatte nach langer Zeit mal wieder geregnet. Die Straßen waren nass und schmierig. Ich habe meinen Ältesten noch mit der Mahnung »Fahr bitte vorsichtig, es hat geregnet« verabschiedet. Mein Sohn ist ein erfahrener Autofahrer und gilt unter seinen Freunden als verantwortungsbewusst. Eine Viertelstunde später sind die beiden dann in einer Kurve von der Straße abgekommen

und vor einem Baum gelandet. Es gab keinen zweiten Beteiligten oder Hinweise auf Tiere, die sie abgelenkt haben könnten. Lediglich die Schleuderspuren und der Anprall gegen den nächsten Baum waren am Unfallort sichtbar.

Alles ändert sich in einem Moment

Meine Frau und ich erfuhren über drei Ecken, was passiert war. Die Kollegen, die zuerst am Unfallort waren, sind zu uns nach Hause gefahren, wo der Wagen gemeldet war. Dort wartete noch ein Freund unserer Söhne auf deren Ankunft. Der wusste zum Glück von der Familienfeier und hat mich dort auf dem Handy erreicht. Ich habe dann die umliegenden Leitstellen abtelefoniert. Und so kamen wir sehr schnell zu der Information, dass die beiden bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt wurden und ich hatte zwei Telefonnummern von Intensivstationen in der Hand.

Dann ging es in meinem Kopf erst einmal drunter und drüber. Ich dachte, da zieht dir jemand gerade die Füße weg und ich werde gleich ohnmächtig. So ein Gefühl habe ich noch nie erlebt.

Eine lange Reha-Phase

Die beiden hatten ein schweres Schädel-Hirn-Trauma und lagen zunächst im Koma. Danach folgte eine lange Rehabilitationsphase. Der Jüngere ist ziemlich wiederhergestellt, aber unser Ältester geht immer noch zur Reha, um noch ein bisschen fitter zu werden, was die Feinmotorik angeht. Auch die Sprache ist noch beeinträchtigt. Weil die beiden noch jung sind, sind sie noch relativ gut lernfähig, und deshalb sieht die Tendenz bei beiden doch ganz positiv aus. Nach der langen, langen Zeit der Unsicherheit, ob sie überhaupt überleben und wie sie überleben, sind wir jetzt ziemlich zuversichtlich. Nicht nur meine Frau und ich, sondern auch alle anderen Verwandten haben mit gebangt und mit gehofft. Die meisten Menschen im Bekanntenkreis haben sich gefragt: »Wie wäre es, wenn das mein Sohn gewesen wäre, dem das passiert ist?« Wir haben viel Unterstützung erfahren. Als wir mal wieder einen ganzen Tag in der Klinik bei unseren Söhnen gewesen sind, haben uns Bekannte spontan abends zum Essen eingeladen.

Die Reha-Phase hat mit ganz grundlegenden Herausforderungen begonnen. Wir haben damit angefangen, dass sie wieder selbständig essen können. Jetzt bemerken Außenstehende auf den ersten Blick bei beiden keine großen Defizite mehr. Das war aber ein langer und anstrengender Weg, sowohl für meine Söhne als auch für meine Frau und mich. Und es geht immer auch ums Geld: Jede Reha-Phase muss erneut von der Krankenkasse bewilligt werden.

Ins normale Leben zurückfinden

Meine Frau und ich haben uns beide nach dem Unfall erstmal krankschreiben lassen. Man kann da keinen normalen Gedanken fassen. Ich hätte hier keinen soliden Dienst versehen können. Für mich war es natürlich sehr hilfreich, dass ich schon vor 20 Jahren Erfahrungen im Bereich Unfallaufnahme und dem Überbringen von Todesnachrichten gemacht habe. Ich weiß, wie die Menschen darauf reagieren und wie sie damit umgehen. Es ist aber eine andere Qualität, wenn man das selber erlebt. In meiner jetzigen Tätigkeit, etwa bei der Verfolgung von Aggressionsdelikten im Straßenverkehr und dem anschließenden Gespräch mit den Verkehrsteilnehmern, rede ich den Menschen mittlerweile viel emotionaler und nachhaltiger ins Gewissen, weil ich die möglichen Folgen unmittelbar vor Augen habe.

Die eigene Erfahrung mit anderen teilen

Wir haben auch Kontakt zu dem Ersthelfer aufgenommen. Das war ein Mann von der freiwilligen Jugendfeuerwehr, der ganz in der Nähe des Unfallortes wohnt. Er hat den Knall gehört und hat sofort Erste Hilfe geleistet. Er hat genau das Richtige getan. Wir haben uns mit ihm vor kurzem getroffen, um ihm zu zeigen: Jeder Einsatz als Ersthelfer lohnt sich. Und für ihn war es auch ein gutes Gefühl, dass seine Hilfe an diesem Abend meinen Söhnen auch wirklich genutzt hat.

Im Beruf gehen mir die Einzelschicksale, die hinter den Verkehrsunfällen stehen, heute wieder etwas näher als früher. Die meisten Fälle waren bislang mit dem Schreiben des Protokolls dann auch innerlich ad acta gelegt. Dass meine beiden Söhne überlebt haben und dass sie in der Statistik für 2016 »nur« unter den Schwerverletzten auftauchen und nicht unter den Toten, das war ein ganz großes Glück. Wenn man so etwas in der eigenen Familie erlebt hat, macht einen das viel sensibler im Umgang mit Verkehrsunfällen im beruflichen Kontext.

Ich versuche, das auch dienstlich zu nutzen, indem ich demnächst auch an den »Crashkurs NRW«-Veranstaltungen in Berufsschulen teilnehme und die Geschichte dort erzähle. Ich erhoffe mir, dass bei den jungen Fahrern ein solch persönliches Schicksal besser hängen bleibt als das Lernen der Verkehrsregeln in der Fahrschule oder der übliche Spruch von den Eltern »Fahr vorsichtig!«

/// Das Gespräch führte Alexander Lorber

Aufpasser mit scharfem Auge

Videobeobachtung sorgt in sieben NRW-Städten für mehr Sicherheit



Foto: Jochen Tack

Das laute Gegröle eines Junggesellenabschieds übertönt das Klackern der High-Heels auf dem Kopfsteinpflaster der engen Gassen. Abseits steht eine Gruppe betrunkenere Jugendlicher, die sich hin und her schubsen. An einem typischen Wochenende in der Düsseldorfer Altstadt mischen sich aber auch Kriminelle unter die feiernden Menschen und Touristen. In der Menge fühlen sie sich unbeobachtet und nutzen die Gelegenheit, um Straftaten zu begehen. Mit neuester Videobeobachtung ist die Polizei NRW den Tätern auf den Fersen.



Polizeikommissar Alexander Zillikens hat die Lage in der Altstadt fest im Blick.

Foto: Michael Bucker

Auffällige Schilder weisen auf die fünf High-Tech-Kameras hin, die über den Köpfen der Besucherströme die belebte Bolkerstraße im Zentrum der Düsseldorfer Altstadt fest im Blick haben. Sie liefern gestochen scharfe Bilder in hochauflösender Qualität direkt an die Düsseldorfer Altstadtwache. Die Kameras laufen nicht rund um die Uhr, sondern nur zu den Zeiten, an denen es auch vermehrt zu Straftaten kommt. In der Rheinmetropole sind sie täglich zwischen 15 und 6 Uhr scharf gestellt. Ergänzt werden sie durch fünf neue Kameras im Bereich Burgplatz, die als Teil des Sicherheitspakets im letzten Jahr installiert wurden und an den Wochenenden für mehr Sicherheit sorgen. Düsseldorf ist eine von insgesamt sieben Städten in NRW, in denen die Videobeobachtung erfolgreich umgesetzt wird.

Das Geschehen wird live auf zwei Flachbildschirme in die erste Etage der Polizeiinspektion Mitte übertragen. Es gibt enge Voraussetzungen für die Beobachtungen. Innerhalb weniger Minuten müssen die Streifenteams den beobachteten Ort erreichen können. Vor den Monitoren verfolgt Alexander Zillikens mit geschultem Auge das Altstadttreiben. Hochkonzentriert analysiert der 26-jährige Polizeikommissar jede Auffälligkeit. »Ich achte vor allem auf schnelle Bewegungen und Menschenansammlungen«, sagt Zillikens. »Die meisten Straftaten, die hier in der Altstadt geschehen, passieren aus größeren Menschenmengen heraus, weil sich die Täter in der Anonymität der Masse sicher fühlen.« >

**VIDEOBEOBACHTUNG IN AACHEN, DORTMUND,
DUISBURG, DÜSSELDORF, ESSEN, KÖLN, UND MÖNCHENGLADBACH**

**VORAUSSETZUNG FÜR BEOBACHTUNG
KRIMINALITÄTS-HOTSPOT & KURZE INTERVENTIONSZEIT**



Auch in Essen sind die Kameras an ausgewählten Punkten scharf gestellt.

Foto: Jochen Tack

**DATENSCHUTZ NICHT-ÖFFENTLICHE
BEREICHE SIND VERPIXELT**

**BEOBACHTUNGSANORDNUNG AUF EIN JAHR BEFRISTET
DANACH ÜBERPRÜFUNG, OB WEITER ERFORDERLICH**



Foto: Christoph Göttert

Blitzschnelles Reagieren

Mit einem Mausklick kann der junge Polizeikommissar die verschiedenen Kameraperspektiven auswählen, auf dem Flatscreen groß ziehen oder Menschen und Fahrzeuge ganz nah heranzoomen. »Dabei achten wir natürlich auch auf den Datenschutz. Ich kann zwar an jeden Passanten hautnah heranzoomen, alles was aber nicht zum öffentlichen Raum gehört ist verpixelt.« Für eine optimale Übersicht lassen sich die Kameras außerdem um 360 Grad schwenken und so beispielsweise Tatverdächtige verfolgen.

Neben Zillikens steht ein Funkgerät, mit dem er im Ernstfall direkt Kontakt zu einem Streifenteam aufnehmen kann. »Sollte ich sehen, wie ein Täter jemanden beklaut, kann ich die Polizeikräfte hier von der Wache aus mit Blick auf den Tatverdächtigen koordinieren«, sagt der Polizeikommissar. »Uns ist aber vor allem der Präventionscharakter wichtig. Wir können nicht immer den ersten Schlag verhindern, aber zumindest den zweiten. Wir können nicht verhindern, dass jemand zu Boden geht, aber wir können mit der Videobeobachtung verhindern, dass auf ihn eingetreten wird.«

Die Bilder helfen bei der Überführung des Täters

Neben Düsseldorf wird die Videobeobachtung auch in Aachen, Essen, Dortmund, Duisburg, Köln und Mönchengladbach gezielt und zugleich maßvoll an besonders kriminalitätsträchtigen Orten eingesetzt. Dabei geht es nicht um die Speicherung von Daten, sondern darum, dass ein Polizeibeamter am Monitor diese Orte beobachtet und im Notfall sofort Polizeikräfte zum Tatort schicken kann. Sollte eine geschädigte Person nachträglich Anzeige erstatten, kann noch Tage nach Aufzeichnung auf die Bilder zugegriffen werden. »Die Bilder können den entscheidenden Hinweis bei der Suche nach einem Tatverdächtigen geben«, hält Zillikens fest. In Düsseldorf werden die Bilder nach sieben Tagen wieder gelöscht. »Wir haben die Erfahrung gemacht, dass nach sieben Tagen auch keine Anzeigen mehr gestellt werden.« Nach spätestens 14 Tagen müssen sie allerdings, den gesetzlichen Vorgaben folgend, gelöscht werden.

/// Michael Bücker



Fotos (3): Jochen Tack

Im PP Düsseldorf wurde die Einsatzlage konzentriert und effizient abgearbeitet.

Effektives Proben für den Ernstfall

Die Polizei NRW beteiligte sich an einer gemeinsamen länderübergreifenden Anti-Terror-Übung mit der Bundeswehr



Viele Telefone und Arbeitsrechner säumten den langen Tisch im PP Essen, an dem das Einsatzszenario ausgelöst wurde.

Das Krisenmanagement des Landes und die Polizei NRW stellten Anfang März zusammen mit fünf weiteren Ländern sowie der Bundeswehr ihre Leistungs- und Kooperationsfähigkeit unter Beweis. Im Rahmen der Großübung GETEX (»Gemeinsame Terrorismusabwehr-Exercise«) trainierten die beteiligten Kräfte unter der Maxime »das Udenkbare denken« die Bewältigung verschiedener fiktiver Anschlagsszenarien.

Es handelte sich um die erste derartige länderübergreifende Stabsrahmenübung unter Beteiligung von Polizei und Bundeswehr. Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein übten den extremsten anzunehmenden Ausnahmefall: mehrere in einem engen Zeitfenster ablaufende terroristische Angriffe. Jedes Land bewältigte dabei sein spezifisches Szenario. Während in München eine Bombe in einem Bahnhof explodierte, griffen schwer bewaffnete Täter in Bremen eine Schule an. Kurz danach kam es in NRW zu einer Explosion im Terminal des internationalen Flughafens Düsseldorf. Der Polizeiführer mit dem Führungsstab des Polizeipräsidiums Düsseldorf erklärte die Führungsübernahme für seinen Zuständigkeitsbereich. Die 16-stündige Übung konnte beginnen. >



Gute Kommunikation im PP Düsseldorf führte zu adäquaten Lösungen der komplexen Aufgaben.

Möglichst realistische Einsatzlage

In der Gesamtverantwortung standen die Bundesministerien für Inneres (BMI) und Verteidigung (BMVg). Die Projektleitung übernahm das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). In Zusammenarbeit mit Vertretern von Bundespolizei und Bundeswehr bereiteten die Abteilung 7 des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) NRW und der Ständige Stab des Polizeipräsidioms Essen die Stabsrahmenübung für NRW vor. Hierfür entwickelten die beteiligten Stellen in wenigen Monaten ein umfangreiches Drehbuch für das Szenario in NRW und stimmten dieses ressortübergreifend ab.

Zahlreiche, teils im Minutentakt inszenierte Einlagen, gestalteten die Lage realistisch und dynamisch. Dabei wurden keine Straßen gesperrt oder militärische Fahrzeuge bewegt. Die Übung entfaltete dadurch keinerlei Wirkung außerhalb der übenden Behörden. Im Mittelpunkt standen vor allem die Kommunikation und die Zusammenarbeit der verantwortlichen Lagezentren und Behörden. Getestet wurden insbesondere die Alarmketten, Meldewege und Handlungsabläufe in der Lagebewältigung. Polizeidirektor Martin Kirchner, Leiter des Ständigen Stabs und des Übungsvorbereitungsstabs im Polizeipräsidium Essen, hebt die Vorzüge einer derartigen Übung hervor: »Aus Stabsicht bin ich ein großer Freund von Planentscheidungen und Übungen. Beides hilft, etwa Absprachen zur Kommunikation, Organisation und Auftragslage vorzubereiten, um im Falle einer Echtlage effektiver und effizienter Maßnahmen ergreifen zu können.«

Deutschland steht seit Jahren im Fadenkreuz des Terrorismus und unterliegt damit einer verschärften Gefährdungslage. Eine frühzeitige und intensive Vorbereitung der Sicherheitsbehörden ist vor dem Hintergrund zurückliegender Anschläge in Europa sowie auch in Deutschland unerlässlich. »Terroristen halten sich nicht an Ländergrenzen. Deshalb müssen wir uns gemeinsam frühzeitig und intensiv auf mögliche terroristische Anschläge vorbereiten«, erklärte NRW-Innenminister Ralf Jäger.



Militärische Lagebesprechung in den Stabsräumen der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr.

Polizei und Bundeswehr stimmen sich ab

Der Krisenstab der Landesregierung NRW übte in vollem Umfang mit. Neben den für die operativ-taktischen Maßnahmen zuständigen Einsatzleitungen von Polizei und Feuerwehr werden bei Großschadensereignissen, wie etwa einem Terroranschlag, die Krisenstäbe auf verschiedenen Ebenen wie Kommune oder Bezirksregierung aktiviert. Diese wurden bei GETEX auf Landesebene simuliert. Da in der Übungsannahme Spezialkenntnisse im Umgang mit Kriegswaffen und die Entschärfung von Sprengfallen gefordert wurden, erfolgte im weiteren Übungsverlauf beispielhaft ein Antrag auf Hilfeleistung an die Bundeswehr.

Die Abstimmung mit der Bundeswehr über die Einsatzmöglichkeiten und deren spezifische Anforderungen und erforderlichen Fähigkeiten stellte eine besondere Herausforderung dar.

Verfassungsrechtliche Fragestellungen wurden juristisch und politisch kontrovers diskutiert – etwa im Hinblick auf einen denkbaren Einsatz der Bundeswehr im Inneren.



Im PP Essen verfolgten Einsatzkräfte den Verlauf der GETEX-Übung am Bildschirm



Lagebesprechung: MR Helmut Probst (l.) und Generalleutnant Peter Bohrer (r.)

Für den Ernstfall gewappnet

Am Ende des NRW-Szenarios konnten die flüchtigen Täter mit Spezialkräften der Polizei beweissicher festgenommen und die Gefahrenlage erfolgreich bewältigt werden. Die Akteure der Stäbe im Polizeipräsidium Düsseldorf, im Lagezentrum des Landeskommandos NRW der Bundeswehr und im Krisenstab der Landesregierung zogen ein durchweg positives Fazit.

»Wir haben viel Praktisches über das notwendige Zusammenwirken der Ressorts und der Gefahrenabwehrbehörden in einer solch komplexen Lage erfahren«, bewertete Regierungsdirektorin Verena Roth aus der Abteilung 7 des MIK NRW die Übung. Sie leitet die Geschäftsstelle des Krisenstabs der Landesregierung. »Wir konnten Schnittstellenproblematiken identifizieren und unsere Kommunikationswege und Handlungsabläufe dadurch zukünftig verbessern. Das Ziel der Übung wurde damit erreicht.«

Ministerialdirigent Wolfgang Düren war für den Anteil von GETEX in NRW insgesamt verantwortlich. Er lobt den Erkenntnisgewinn

der Einsatzkräfte: »Wir haben mit der Übung die Möglichkeiten zur Bewältigung einer solchen Extremlage um die Facette der Einbindung der Bundeswehr erweitert und die vorhandenen Potentiale abgeglichen. Polizei und Bundeswehr haben sich dabei auf verschiedenen Führungsebenen fachlich ausgetauscht.«

Die abschließende Nachbereitung der Übung findet nun nach und nach mit allen Übungsbeteiligten unter der Koordination durch das BVK statt.

Der Leitende Polizeidirektor (LPD) Jörg Lukat, Einsatzreferent im Referat 413 des MIK NRW, resümiert für die Polizei NRW: »Wir wussten, dass wir insgesamt mit unserer Vorschriftenlage und den Planentscheidungen, den Instituten der Ständigen Stäbe und qualifizierten Polizeiführern für solche Lagen gerüstet sind. Diese Faktoren haben sich in einer komplexen Übungslage als Konstanten bewiesen. Im Ernstfall sind wir gut aufgestellt, auch wenn wir hoffen, dass dieser nie eintreten wird.« **/// PP Essen / Ständiger Stab**



Die Bewältigung der Einsatzlage war nur durch die konstruktive Zusammenarbeit von Kolleginnen und Kollegen aller beteiligten Institutionen möglich.



Fotos(2): Mediendienste, LAFF NRW

Das Trainingszentrum befindet sich auf einem ehemaligen Bundeswehrgelände in unmittelbarer Nachbarschaft des LAFF NRW in Selm.

Multifunktionales Amok-TE-Trainingszentrum in Selm

Polizei in NRW bereitet sich zielgerichtet und intensiv auf terroristische Anschläge vor

Jede Sekunde zählt, um Menschenleben zu retten und weiteren Schaden abzuwenden. Das Warten auf Spezialeinheiten ist keine Option: Bei terroristischen Anschlägen müssen die Einsatzkräfte der Polizei, die sich unmittelbar vor Ort oder in der Nähe befinden, sofort konsequent eingreifen und zielgerichtet handeln. »Die Polizei in NRW bereitet sich sehr zielgerichtet und intensiv auf terroristische Anschläge vor«, bekräftigt der Inspekteur der Polizei NRW Bernd Heinen.

Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen (LAFF NRW) hat dafür gemeinsam mit Verantwortlichen aus diversen Polizeibehörden die Fortbildungskonzeption

Amok-TE erarbeitet und fortgeschrieben, um Interventionsmaßnahmen und Handlungsabläufe zu optimieren und dadurch Handlungssicherheit zu fördern.

Konstant hohe Anschlaggefahr

Ein terroristischer Anschlag ist ein menschenverachtender Angriff auf alle Bürgerinnen und Bürger, die Demokratie, die Freiheit und die Grundwerte der europäischen Gesellschaft. »Wir sind auch in Deutschland im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus«, sagt NRW-Innenminister Ralf Jäger. »Die Gefahr ist nicht mehr abstrakt, sondern durchaus real. Deshalb sind die Sicherheitsbehörden auch in erhöhter Bereitschaft.« Dennoch kann es keine absolute Sicherheit geben: Die Gefahr eines Terroranschlages in Deutschland ist

konstant hoch. Es muss damit gerechnet werden, damit erneut konfrontiert zu werden. »Die Polizei in NRW stellt sich angesichts der erhöhten Gefahr dieser Herausforderung und bereitet sich auf ein solches schwerwiegendes Ereignis gezielt in einsatztaktischer, rechtlicher, ethischer und kommunikativer Hinsicht vor«, verdeutlicht der Inspekteur der Polizei (IdP) NRW, Bernd Heinen und gibt ein klares Ziel vor. »Wir lassen die Polizistinnen und Polizisten mit dieser schwierigen Aufgabe nicht allein, sie werden durch alle Verantwortlichen unterstützt und gestärkt.«

Sofortiges Handeln ist dringend geboten!

Die Erfahrungen aus den zurückliegenden Anschlägen von Paris, Nizza, Hannover, Berlin und London haben deutlich gemacht, dass die Einsatzkräfte der Polizei zu unmittelbarem Handeln gezwungen sind. Daraus leiten sich die neuen Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten vor Ort ab. So haben die islamistisch motivierten Terroranschläge eine hohe Dynamik der Täter gezeigt. Die Vorfälle im Januar 2015 auf die Redaktion der Zeitung »Charlie Hebdo« sowie auf einen jüdischen Supermarkt, die multiplen Anschläge an fünf Orten in Paris im November 2015, das Lkw-Attentat auf der Promenade in Nizza und auch die mörderische Lkw-Attacke auf dem Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember des vergangenen Jahres sind eingehend analysiert worden. In den meisten Fällen reicht erfahrungsgemäß nicht die Zeit, um auf Spezialkräfte zu warten. Es muss also jede/jeder einzelne Polizeibeamtin/Polizeibeamter auf eine mögliche Intervention vorbereitet werden.

»Eine solche sofortige Polizeiintervention ist gefährlich. Diese verlangt unseren Kolleginnen und Kollegen großes Können,

Durchhaltevermögen und Mut ab«, so der IdP der Polizei NRW, Bernd Heinen. »Unser Ziel ist es, Menschenleben zu retten und das sofort! Die Einsatzkräfte müssen dabei bestmöglich geschützt sein. Die Ausrüstung der Polizei wird daher fortlaufend überprüft und angepasst. Einen hundertprozentigen Schutz gibt es aber nicht.«

Alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Wachdienst und der Bereitschaftspolizei werden in Fortbildungsmaßnahmen auf das taktische Vorgehen bei einem möglichen terroristischen Anschlag geschult und besonders trainiert. Auch in der dreijährigen Ausbildung der Kommissaranwärterinnen und -anwärter ist das Verhalten bei solchen Polizeilagern ein fester Baustein im berufspraktischen Training.

Auswirkung auf die Aus- und Fortbildung

Auf was gilt es sich in der Aus- und Fortbildung konkret einzustellen? Die Herausforderungen für das taktische Handeln sind klar: Die Terroristen sind meist schwer bewaffnet und handeln – bei mehreren Tätern – arbeitsteilig und nach einem perfiden Plan. Sie setzen dabei auch Messer

und Fahrzeuge vom Pkw bis zum Lkw ein. Das Ziel der Terroristen ist dabei immer die Tötung einer größtmöglichen Anzahl von Menschen. Sie wollen Panik und Angst auslösen, um unsere Gesellschaft in ihren Grundwerten zu erschüttern. Man muss zudem davon ausgehen, dass die Attentäter bei ihrem Vorgehen den eigenen Tod in Kauf nehmen, als sogenannte Selbstmordattentäter sogar aus der Preisgabe ihres eigenen Lebens noch eine Motivation ziehen. Oftmals haben die Terroristen eine militärische Ausbildung in Ausbildungscamps, die ihre Anschläge besonders zielgerichtet und rücksichtslos und brutal werden lässt.

Einsatztaktisch richtig und konsequent handeln ist die eine wichtige Seite, aber wie verhält es sich mit der ethischen, menschlichen Komponente? Ein terroristischer Anschlag ist eine polizeiliche Extremsituation, in der individuelle Belastbarkeit und Professionalität ohne jeden Zweifel besonders gefordert sind. Diese Einsatzsituationen, wie zum Beispiel der polizeiliche Schusswaffengebrauch zur Abwehr terroristischer Handlungen, die Konfrontation mit Schwerverletzten, Sterbenden und Toten, das Erleiden eigener, schwerer Verletzungen, der mögliche Verlust von Kolleginnen und Kollegen am Einsatzort oder die Angst vor eigenem Versagen im Angesicht der Gefahr, können die Polizistinnen und Polizisten in den Grenzbereich ihrer Handlungsfähigkeit führen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte handeln auch im Rahmen ethischer Grundwerte und ihres Gewissens. Insofern sind ethische Fragestellungen und Antworten ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Konzeption Amok-TE. Aus- und Fortzubildende erhalten entsprechende Orientierungen und damit die Möglichkeit, sich auf diese Extremsituationen auch in diesem Kontext vorzubereiten.

»Wir im LAFP trainieren die Kolleginnen und Kollegen, damit sie für den Ernstfall optimal vorbereitet sind«, bekräftigt Michael Frücht, Direktor des LAFP NRW. »Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger und unsere eingesetzten Polizistinnen und Polizisten auch aus diesen Extremlagen gesund nach Hause zurückkehren. Das ist unser Auftrag!« >



Bernd Heinen, Inspekteur der Polizei (IdP) des Landes Nordrhein-Westfalen

Jeder Handgriff muss sitzen

Das fortentwickelte Amok-TE-Konzept baut auf dem Konzept für Amok-Lagen auf, das sich über viele Jahre bewährt hat. Dieses wurde taktisch um die Terrorbekämpfung erweitert. In den damit verbundenen speziellen, hoch dynamischen Trainings, die unter anderem an den LAFP NRW-Standorten in Schloss Holte-Stukenbrock, Brühl und am Sitz der Behörde in Selm durchgeführt werden, sind die Erfahrungen der vergangenen Jahre im Umgang mit solchen Anschlägen eingegangen.

Die Umsetzung dieser Fortbildungskonzeption Amok-TE hat mit der Beschulung der rund 450 Einsatztrainerinnen und Einsatztrainer der Kreispolizeibehörden durch das LAFP NRW bereits im vergangenen Jahr begonnen.

Die Ansprüche an die Qualität der Aus- und Fortbildung bei der NRW-Polizei sind hoch. Im Ernstfall muss jeder Handgriff sitzen. Insofern bedarf es ebenso adäquater Trainingsorte. Die Amok-TE-Trainings selbst erfolgen stets unter möglichst realistischen Bedingungen. Spezielle Szenarien sind dafür vorbereitet. Zum Beispiel

der Einsatz von Farbmarkierungswaffensystemen. Die Polizistinnen und Polizisten sollen während dieses Trainings durchaus »echten« Stress erfahren, um »in der Lage« in Sekundenschnelle sicher und professionell reagieren zu können.

Neues Trainingszentrum in Betrieb

Um diese komplexen Einsatzsituationen so realistisch wie möglich trainieren zu können, hat IdP Bernd Heinen am 22. März 2017 das multifunktionale Trainingszentrum für Amok-TE-Lagen in Selm im Rahmen einer Feierstunde und mit geladenen Gästen aus dem Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, dem Polizeihauptpersonalrat sowie den Kreispolizeibehörden Dortmund, Recklinghausen, Unna, Coesfeld, Soest und Hamm offiziell eröffnet.

Das circa 55 Fußballfelder große neue Trainingszentrum wird durch das LAFP NRW für die Aus- und Fortbildung genutzt. Darüber hinaus dient es im Rahmen avisierte Kooperationen als erweiterte Trainingsfläche für die Kreispolizeibehörden Dortmund, Soest, Unna, Hagen. Das

LAFP-Amok-TE-Trainingszentrum befindet sich auf dem unmittelbar angrenzenden, ehemaligen Bundeswehrgelände am Sitz des LAFP NRW in Selm. Es bietet vielseitige Möglichkeiten. Ganz besonders gewinnbringend ist die urbane Umgebung in überdachten, wetterunabhängigen Großraumhallen mit insgesamt rund 8.000 Quadratmetern Bodenfläche (davon eine noch auszubauende Trainingshalle). Insbesondere die weiträumigen Außenbereiche ermöglichen erst ein ganzheitliches Amok-TE-Training. In der Anlage selbst finden sich realitätsnahe sowohl mehrstöckige als auch begehbbare Fassaden innerstädtischer Häuser und sogar bewegliche Kulissen. Riesige Ausmaße: Sogar das Trainieren mit ausrangierten Omnibussen und anderen Fahrzeugen ist neben vielen weiteren Varianten in diesem Trainingskomplex möglich. So ist das Erlernen der taktisch richtigen Vorgehensweise kein theoretisches Planspiel und von viel Vorstellungskraft und Improvisation abhängig, sondern Teil handfester Selbsterfahrung in einem realitätsnahen Umfeld.



Fotos (3): Mediendienstleister, LAFP NRW

Gruppenkräfte der Wuppertaler Einsatzhundertschaft demonstrierten den Ablauf einer Amok-TE-Übung



Zur Eröffnung des Trainingszentrums kamen Gäste aus dem MIK NRW, dem Polizeihauptpersonalrat sowie den Kreispolizeibehörden Dortmund, Recklinghausen, Unna, Coesfeld, Soest und Hamm

Ein am Veranstaltungstag mit Gruppenkräften der Wuppertaler Einsatzhundertschaft durchgeführtes Amok-TE-Training unterstrich den hohen Wirkungsgrad einer solchen Trainingsmöglichkeit und machte den zahlreichen Gästen in beeindruckender Weise deutlich, wie wichtig ein realitätsnahes Trainieren mit verschiedenen Stressfaktoren ist, beispielsweise mit lauten Schrei- und Schussgeräuschen oder realem Schusswaffen-Handling durch Farbmarkierungsmunition.

Ein großer Gewinn für die Aus- und Fortbildung, von dem alle profitieren.

/// Victor Ocansey, LAFP



Das Amok-TE-Training ist möglichst realitätsnah, um den Anforderungen eines Einsatzes im Ernstfall zu entsprechen.

Grenzüberschreitender integrativer Fahndungs- und Kontrolleinsatz Die NRW-Polizei sorgt offensiv für mehr Sicherheit

Verstärkte Polizeikontrollen steigern die sichtbare Präsenz im öffentlichen Raum und erhöhen den Fahndungs- und Kontrolldruck auf mobile Täterbanden an Kriminalitätsbrennpunkten und an An- und Abfahrtswegen. So führte die Polizei NRW vom 5.4. bis 6.4.2017 gemeinsam mit der niedersächsischen Polizei umfassende Verkehrskontrollen an der sogenannten Ost-West-Route entlang der E 30 und im Grenzgebiet zu den Niederlanden und Belgien durch.

An den Kontrollen entlang der Streckenabschnitte der Autobahnen A 1, 2, 3, 4, 31, 33 sowie auf der A 40, 44, 57 und auf der A 61 waren zudem die Bundespolizei, die niederländische Polizei sowie Ermittler vom Zoll beteiligt. Insgesamt wurden dabei 11.972 Personen und 11.414 Fahrzeuge überprüft. 64 Personen wurden festgenommen und über 5.200 Ordnungswidrigkeiten festgestellt. In 191 Fällen wurde Strafanzeige gestellt. In Heinsberg kontrollierten Beamte ein Fahrzeug, das wegen Unterschlagung zur Fahndung ausgeschrieben war. Der 29-jährige Halter – Freigänger in der JVA Moers – hatte den Wagen an ein Pfandgeschäft veräußert und anschließend von diesem angemietet. Seit April 2016 hatte er die dafür fälligen Raten aber nicht mehr gezahlt. Der Mann wurde festgenommen und sitzt jetzt im geschlossenen Vollzug. Bei Ochtrup hielt die Autobahnpolizei einen Audi-Fahrer an. Der syrische Führerschein, den er bei sich hatte, war gefälscht. Im Kofferraum des Autos lagen zwei Reisetaschen mit insgesamt 18.000 Zigaretten verschiedener Marken. Die Zigaretten wurden sichergestellt, der Zoll ermittelt.

In Lippe ging der Polizei ein 57-jähriger Mann aus Bad Salzuflen ins Netz, der der Reichbürger-Szene zuzurechnen ist und gegen den ein Haftbefehl vorlag.

Neben der Bekämpfung der Eigentumskriminalität sollen auch Verkehrsdelikte wie Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss sowie Führerschein- und Zulassungsvergehen aufgedeckt und verfolgt werden.

Den Druck spürbar erhöhen

Behörden- und grenzüberschreitende Fahndungs- und Kontrolltage sind directionsübergreifend ausgerichtet. Neben der Bekämpfung der Eigentumskriminalität sollen auch Verkehrsdelikte wie Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss sowie Führerschein- und Zulassungsvergehen aufgedeckt und verfolgt werden. Im Rahmen des E 30-Tages, an dem insbesondere Kontrollen auf Autobahnen im Fokus standen, wurde zudem der grenzüberschreitende Güterverkehr verstärkt überprüft. Die Autobahnpolizeien führten dazu auf den Autobahnen integrativ ausgerichtete Verkehrskontrollen durch.

Die Bekämpfung der Eigentumskriminalität und der Hauptfallursachen sind wichtige strategische Ziele der NRW-Polizei. Im Kontext der »Aachener Erklärung« (dazu findet sich ein ausführlicher Bericht in der »Streife« #01/12/01/17) wird die NRW-Polizei daher unter Beteiligung der Bundespolizei, der Polizeien von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sowie Belgiens und der Niederlande zwischen dem 16. und dem 22. Oktober weitere integrative länder- und grenzüberschreitende Fahndungs- und Kontrolltage durchführen.

Zur Verstärkung der Öffentlichkeitskampagnen »Augen auf und Tasche zu! Langfinger sind immer unterwegs.« und »Riegel vor! Sicher ist sicherer.« werden alle Polizeibehörden im Juli präventiv ausgerichtete Aktionstage zur Bekämpfung des Taschendiebstahls sowie im Oktober eine Aktionswoche zum Einbruchschutz durchführen. /// *Alexander Lorber*



KD Wolfgang Hermanns, LKA NRW, erläutert die Strategie zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls

Anstieg bei Wohnungseinbruchdelikten gestoppt Die Zahl der Wohnungseinbrüche in 2016 ist gegenüber dem Vorjahr um 15,7 Prozent gesunken

Einbrechern das Handwerk legen, dieses Ziel verfolgen das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) und die Kreispolizeibehörden mit einem Maßnahmenmix aus Repression und Prävention gegen Wohnungseinbrüche in NRW. Dass die Bemühungen Wirkung zeigen, beweist die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2016. Die Fallzahlen beim

Wohnungseinbruchdiebstahl sind 2016 mit 52.578 Fällen auf den niedrigsten Stand der letzten fünf Jahre gesunken. Im Gespräch mit der »Streife« zieht Kriminaldirektor Wolfgang Hermanns, Dezernatsleiter im Bereich Kriminalprävention des LKA NRW, eine Bilanz und blickt in die Zukunft. >

Streife: Herr Hermanns, welche Anstrengungen haben Sie beim LKA NRW im Jahr 2016 unternommen, um die Zahl der Wohnungseinbruchdelikte zu senken?

Hermanns: Wir verfolgen eine umfassende Strategie, die sich sowohl aus präventiven als auch repressiven Elementen zusammensetzt.

Im Jahr 2016 haben wir in Nordrhein-Westfalen 77 neue Ermittlungskommissionen/-gruppen (EK/EG) zur Bekämpfung der Einbruchkriminalität eingerichtet. Insgesamt waren im letzten Jahr 96 EK/EG tätig, die ausschließlich oder überwiegend im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls ermittelt haben.

Bereits im Jahr 2011 ist die öffentlichkeitswirksame Kampagne »Riegel vor! Sicher ist sicherer.« ins Leben gerufen worden. Wir haben den Fokus darauf gelegt, sowohl die verhaltensorientierte als auch die technische Prävention beim Einbruchschutz zu verbessern. Im Jahr 2013 wurde die Kampagne erstmalig mit einer landesweiten Aktionswoche verstärkt. 2016 haben wir bereits die vierte Aktionswoche durchgeführt und planen in diesem Oktober erneut eine Aktionswoche. Hierbei sind Kräfte aller Kreispolizeibehörden eingebunden, um das Thema Einbruchschutz öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger noch mehr für dieses Thema sensibilisieren und ihre Bereitschaft zur Investition in die eigene Sicherheit erhöhen.

Streife: Welche Maßnahmen haben Sie neben den Aktionswochen noch ergriffen, um die Zielgruppen zu erreichen?

Hermanns: Die Kreispolizeibehörden und das Landeskriminalamt NRW haben die Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften intensiviert. So hat das LKA NRW zum Beispiel mit dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (vdw) eine Kooperation geschlossen. Insgesamt sind 471 Wohnungsbaugesellschaften Mitglied im vdw. Diese Unternehmen besitzen 1,2 Millionen Wohneinheiten in Nordrhein-Westfalen. Der Verband wirkt darauf hin, dass die Mitgliedsunternehmen mehr Wohnungen nach den polizeilichen Empfehlungen sichern. Auf örtlicher Ebene kooperieren bereits viele Wohnungsbaugesellschaften mit den Kreispolizeibehörden und unterstützen so diese Initiative.

»Mit unseren Beratungen zum Einbruchschutz leisten wir wichtige Überzeugungsarbeit, Häuser und Wohnungen besser zu sichern.«

Kriminaldirektor Wolfgang Hermanns

Streife: Im Berichtsjahr der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik sanken die Fallzahlen auf den niedrigsten Stand der letzten fünf Jahre. Der Anteil der Versuche hat sich seit 2009 von 39,1 Prozent kontinuierlich auf 45,6 Prozent im Jahr 2016 erhöht. Welche Schlüsse ziehen Sie aus diesen Zahlen?

Hermanns: Das ist ein wichtiges Indiz dafür, dass wir erfolgreich Einbruchprävention betreiben. Nachbarn sind aufmerksamer und die Täter scheitern häufiger an technischen Sicherheitsmaßnahmen.

Mit unseren Beratungen zum Einbruchschutz leisten wir wichtige Überzeugungsarbeit, Häuser und Wohnungen besser zu sichern.

So haben wir in NRW im Jahr 2016 mehr als 86.000 Menschen zum Einbruchschutz in Einzel- und Gruppengesprächen sowie bei Vorträgen beraten.

Bei nicht geklärten Taten werden in vier von fünf Fällen Fenster und Türen aufgehebelt. Deshalb sind sichere Fenster und Türen besonders wichtig.

Seit dem letzten Jahr haben wir auch Smart Home Lösungen zur Einbruchprävention aufgenommen. Die zunehmende Verbreitung von Smart Home Systemen eröffnet neue Möglichkeiten, den Einbruchschutz zu verbessern. Diese Lösungen betrachten wir als eine sinnvolle Ergänzung zum mechanischen Einbruchschutz. Mechanischer Grundschutz ist jedoch unverzichtbar, denn ich muss dem Einbrecher die Zeit nehmen, ins Objekt zu gelangen.

Streife: Eine leergeräumte Wohnung verursacht unter Umständen nicht nur hohe Sachschäden, sondern bedeutet für die Betroffenen auch einen persönlichen Schock. Wie wird den Opfern von Wohnungseinbrüchen geholfen?

Hermanns: Wir erklären Opfern den Ablauf des Ermittlungsverfahrens, geben erste nützliche Hinweise und stellen diese Informationen Opfern in einer Broschüre zur Verfügung.

Im Rahmen der Nachsorge suchen wir die Tatorte auf. Uns ist es wichtig zu klären, ob das Opfer Bedarf an besonderer Unterstützung hat und ob darüber hinaus Hinweise, zum Beispiel durch Nachbarschaftsbefragung, zur Tataufklärung gewonnen werden können.

Streife: Neben der Prävention hat sicher auch die Ermittlungsarbeit in den KPB entscheidend dazu beigetragen, die Zahl der Wohnungseinbrüche zu senken?

Hermanns: Natürlich ist die verstärkte Arbeit in Ermittlungskommissionen ein wesentlicher Schritt, um Profis auf die Spur zu kommen. Mit dem Landesprojekt zur Bekämpfung der Einbruchkriminalität und des Taschendiebstahls, das durch das NRW-Innenministerium 2015 für zwei Jahre ins Leben gerufen wurde, haben wir auch andere Aspekte aufgegriffen, die Ermittlungen zu unterstützen.

Dazu gehört zum Beispiel die Einspeisung relevanter Daten in unsere Falldatensysteme oder das Ausnutzen der Möglichkeiten der Sachfahndung. Ebenso ist die Einbindung von Einsatztrupps zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchkriminalität ein wichtiger Erfolgsfaktor, die personen- und fallorientiert mit den

Fachkommissariaten zusammenarbeiten. Die Präsenz auf der Straße durch Fahndungs- und Kontrolleinsätze ist auch ein wichtiges Instrument, um gegen die Täter vorzugehen.

Zu nennen ist außerdem das Projekt SKALA (System zur Kriminalitätsauswertung und Lageantizipation), bei dem es darum geht, für bestimmte eng gefasste Wohnquartiere Wahrscheinlichkeiten eines Wohnungseinbruchs zu berechnen und daraufhin Maßnahmen abzustimmen. Mit dem Pilotprojekt testen wir das bislang in den Polizeipräsiden Köln und Duisburg. Zum Jahresbeginn sind auch Düsseldorf, Essen und Gelsenkirchen aufgenommen worden. Bonn soll noch folgen. Wir wollen maßgeschneiderte Maßnahmen treffen und stellen den Behörden entsprechende Prognosen für Wohnquartiere zur Verfügung. Nach der Bewertung der Prognosen können die Behörden entscheiden, wo verstärkt Präventionsmaßnahmen angeboten werden oder ob im Einzelfall auch verdeckte Maßnahmen oder Observationen zielführend sind.

Streife: Nach der recht hohen Fallzahl der Wohnungseinbrüche 2015 (62.362) scheint der deutliche Anstieg aus dem Vorjahr vorerst gestoppt. Ist das nur eine Momentaufnahme oder bedeutet das schon eine Umkehr des Trends?

Hermanns: Tatsächlich hatten wir im Jahr 2015 die höchsten Fallzahlen beim Wohnungseinbruch, die jemals in der PKS erfasst wurden. Nach dem deutlichen Rückgang im letzten Jahr befinden sich die Fallzahlen aber immer noch auf einem hohen Niveau. Unsere Bemühungen sollten also nicht nachlassen.

Ich denke, dass wir das Thema wirklich gut platziert haben. Neben der Einbruchsprävention ist die Arbeit an den Tatorten und intensive Ermittlungen von enormer Bedeutung.

Der bisherige Erfolg sollte uns bestärken, mit unseren Aktivitäten unbeirrt fortzufahren.

/// Das Gespräch führte Alexander Lorber



Wolfgang Hermanns setzt auf intensive Ermittlungsarbeit.

»Zu nennen ist außerdem das Projekt SKALA, bei dem es darum geht, für bestimmte eng gefasste Wohnquartiere Wahrscheinlichkeiten eines Wohnungseinbruchs zu berechnen und daraufhin Maßnahmen abzustimmen.«

Kriminaldirektor Wolfgang Hermanns



Die Mühe hat sich gelohnt, wie die mit Einbrecherbanden gespickte Pinnwand hinter KHK Roland Brüss beweist.

Koordinierte Zusammenarbeit führte zum Erfolg Mehr als 300 Wohnungseinbrüche konnten aufgeklärt werden

Der Ermittlungskommission (EK) Engel im Polizeipräsidium Dortmund gelang es in Kooperation mit Behörden im ganzen Ruhrgebiet, die Logistik mehrerer gut organisierter Tätergruppen aus Bosnien aufzudecken und insgesamt mehr als 300 Wohnungseinbrüche im Ruhrgebiet erfolgreich aufzuklären. Dabei fanden die Ermittler heraus, dass Fahrzeugvermieter den Kriminellen dabei geholfen haben, unauffällig die Wohngegenden auszukundschaften.

Kriminalhauptkommissar (KHK) Roland Brüss blickt zufrieden auf die vielen stummen Gesichter, die auf der Magnettafel im Polizeipräsidium Dortmund angeordnet sind. Er und seine Kollegen nennen es die »Ahnentafel«. Hier sind die logistischen Strukturen der Einbrechergruppen zu sehen, die die EK Engel im letzten Jahr auf Schritt und Tritt verfolgt hat. »Anfangs hatten wir nur einen Täter im Visier, der als Nadelöhr fungierte. Genau diese Person wurde dann auf frischer Tat ertappt. Er hatte gute Kontakte zu verschiedenen Leuten aus dem bosnischen Ort Zenica.« In der Kommune herrscht eine außergewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit, weshalb sich gerade die Jugendlichen leicht von den erfahrenen Einbrechern rekrutieren ließen.



Für die Ermittler sollte sich bald herausstellen, dass fast alle Tatverdächtigen, gegen die die EK Engel in Dortmund unter anderem mit Telefonüberwachungen verdeckt ermittelte, von dieser bosnischen Ortschaft ins Ruhrgebiet gereist sind, um Wohnungseinbrüche zu begehen. »Wir haben gegen insgesamt zehn Gruppen ermittelt, die aus zwei bis fünf Leuten bestanden. Jede Gruppe hatte einen Kopf, einen Erfahrenen, der polizeibekannt war und teilweise schon Haftstrafen verbüßt hatte«, so Brüss. Auf das Konto dieser Gruppen gingen Wohnungseinbrüche im gesamten Ruhrgebiet. Die betroffenen Behörden Wuppertal, Bochum, Oberhausen, Gelsenkirchen und Essen entsandten ihre Fachkräfte für ein halbes Jahr zur Unterstützung nach Dortmund, um die überregionalen Organisationsstrukturen der Einbrecherbanden gemeinsam aufzudecken.

Mit dem Leihwagen durch die Wohngebiete gezogen

Die Ermittler fanden heraus, dass die bosnischen Tatverdächtigen bestens auf ihre Reisen ins Ruhrgebiet vorbereitet waren. Dabei leisteten einige Fahrzeugvermieter, die durch einen Kontaktmann vermittelt worden waren, rege Beihilfe, indem sie ihre Mietwagen zu hohen Preisen ungeprüft übergaben und dabei

keine Kreditkarten als Sicherheit verlangten. Die Zahlung erfolgte mit Bargeld und ohne Quittung. Auf die selbe Weise wurden Wohnungen schwarz gemietet, in denen die Einbrecher gemeinsam wohnten. Um die Wohngebiete auszuspionieren, nutzten die Täter größtenteils neuwertige Leihwagen mit deutschem Kennzeichen. So gelang es ihnen, beim Auskundschaften der Gegend kaum aufzufallen. Die EK Engel kam den mobilen Banden aber schnell auf die Spur. Die Ermittler konnten im Nachhinein Fahrtstrecken und Haltepunkte rekonstruieren, die mit den Tatzeiten der Wohnungseinbrüche abgeglichen wurden. Hier konnten viele Taten zugeordnet und aufgeklärt werden. Bei der Telefonüberwachung der Verdächtigen erhielten die Beamtinnen und Beamten durchaus auch skurrile Informationen. Im Telefonat mit seiner Mutter wurde einem Einbrecher aufgetragen, einen Staubsauger in Deutschland zu stehlen. Auch hier konnte im Nachhinein festgestellt werden, dass sich die Gruppe umgehend aufgemacht hatte, um einen Staubsauger im Wert von 300 Euro mitgehen zu lassen. Natürlich hatten es die Einbrecher aber auch auf Schmuck und Bargeld abgesehen, mit deren Umsetzung sie sich beispielsweise an nur einem Wochenende einen großzügigen Einkauf mit allerlei Markenmode leisteten. >



Die Ermittler in Dortmund konnten einiges Diebesgut der bosnischen Einbrecher sicherstellen.

Gute Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft

Äußerst hilfreich war für Roland Brüss der Informationsaustausch mit anderen Kreispolizeibehörden (KPB): »Wir haben einiges von unseren Ermittlungskennntnissen zur Verfügung gestellt und viel koordiniert. Dadurch haben wir uns überregional einen guten Namen gemacht. In Baden-Württemberg und Hessen gab es auch Ermittlungsgruppen, die unseren Tätern auf der Spur waren und die mittlerweile einen regen Austausch mit uns führen.« Zudem arbeitete die EK Engel gemeinsam mit den entsandten Beamtinnen und Beamten aus den anderen KPB in der Hochphase der anstehenden Festnahmen im Februar 2016 mit versetzten Dienstzeiten fast rund um die Uhr. Dazu kamen Wochenendtage und Nachtzeiten. Nachdem der dringende Tatverdacht durch die intensiven Ermittlungen erhärtet werden konnte, folgten 17 Festnahmen. »Es gab Schwierigkeiten, die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Dortmund zu begründen, weil die Taten überall im Ruhrgebiet stattgefunden haben. Trotzdem hat sich die Staatsanwältin nicht gescheut, das Verfahren zu übernehmen«, berichtet Brüss. Die hoch motivierten Ermittler der EK Engel konnten mehr als 300 Wohnungseinbrüche aufklären und einige der Tätergruppen auf frischer Tat festnehmen. Auf der Magnettafel sind die

mittlerweile eingesperrten Einbrecher mit einem kleinen Gefängnisgitter markiert. Brüss ist andererseits auch klar, dass man die restlichen Täter bald wieder im Ruhrgebiet antreffen wird: »Zwei Gruppen sind leider geflohen, bevor wir sie festnehmen konnten. Im Sommer nehmen sich die Einbrecher sowieso eine Auszeit. Die kommen aber im nächsten Jahr fast immer wieder. Durch unsere Telefonüberwachung bekamen wir mit, dass sich ein Täter wegen Rückenschmerzen nicht mehr an den Einbrüchen beteiligen wollte. Ein anderer wollte noch bis zu einer selbstgesetzten Frist weitermachen. Einer hatte einfach Heimweh und hat deshalb Deutschland verlassen.«



Die Regale in den Büros der EK Engel sind gefüllt mit zahlreichen Akten zu den Fällen von WED.

BISHERIGE ERFOLGE DER EK ENGEL:

- > Ermittlung von 39 Beschuldigten
- > 17 Festnahmen
- > 302 Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) geklärt
- > Sicherstellung von 1.800 Asservaten
- > Verurteilungen durch das LG Dortmund mit Freiheitsstrafen zwischen drei Jahren und sechs Monaten sowie vier Jahren und vier Monaten

Unzählige Asservate wurden sichergestellt

Die Tätergruppen waren während der Observationen erstaunlich aktiv. »Eine Gruppe schaffte es innerhalb eines Tages auf fünf erfolgreiche Einbrüche«, so KHK Brüss. Die Ermittler mussten bei ihren verdeckten Maßnahmen besonders vorsichtig vorgehen, da sie es mit äußerst professionellen Tätern zu tun hatten. »Die Täter sind sehr sensibel und passen bei ihren Streifzügen ganz genau auf, wer sie verfolgt oder beschattet«, so Brüss. Als die EK Engel zuschlug, konnten insgesamt 1.800 erbeutete Gegenstände sichergestellt werden. Außerdem wurden die Ermittler auf eine Buslinie nach Bosnien aufmerksam, mit der die Diebe nicht nur in die Heimat fuhren, sondern die sie auch zum Transport ihres Diebesgutes verwendeten. In Bayern wurde ein solcher Bus gestoppt und untersucht. Brüss erzählt von dem Glückstreffer: »Die Beamtinnen und Beamten der Polizei Bayern fanden drei Sporttaschen, die nicht den Buspassagieren zugeordnet werden konnten und aus Nordrhein-Westfalen stammten. Die Täter hatten sogar ihre Spitznamen auf das Diebesgut notiert. So konnten wir es leicht zuordnen. Auch der Busfahrer war involviert und hatte den Kriminellen geholfen.« Brüss weiß, dass die Tatverdächtigen, die nicht verurteilt werden konnten, mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere

Einbrüche im Ruhrgebiet begehen werden. Dabei werden sie künftig noch vorsichtiger agieren, um ihre Identität zu verschleiern und den Beobachtungen der Ermittler zu entgehen. Roland Brüss und seine Kollegen werden alles daran setzen, bald auch diese Gruppen festzunehmen. Dabei setzen sie auch auf die erneute Zusammenarbeit mit den anderen Behörden und der Staatsanwaltschaft. »Wenn wir noch mehr Erkenntnisse der anderen Dienststellen bekommen, beispielsweise zu einem Treffer bei der Untersuchung einer DNA-Spur zu einem unserer Täter aus Zenica, können wir noch effektiver gegen diese Gruppen vorgehen. Es sind noch längst nicht alle Beteiligten in unserem Blickfeld.« Die Magnettafel hinter Brüss ist zwar schon annähernd voll, aber es werden sicher noch weitere Namen und Gesichter ihren Platz an der Wand finden. */// Alexander Lorber*

»Wenn man einmal den richtigen Ansatz hat, dann hat man auch Erfolg!« Vier Profieinbrecher stehen jetzt in Hagen vor Gericht

Ende Oktober vergangenen Jahres griffen Sondereinsatzkräfte in zwei Häusern in Hagen fast zeitgleich zu. Sie verhafteten insgesamt vier Einbrecher – sie stammen aus dem Kosovo, aus Albanien und Serbien. Die Ermittlungskommission »EK Zenik« am Polizeipräsidium Hagen hatte gegen die Tatverdächtigen acht Wochen lang intensiv ermittelt und konnte ihnen so 33 Wohnungseinbrüche in Hagen und Umgebung nachweisen. Kriminalhauptkommissar (KHK) Michael Kern, der Leiter der »EK Zenik«, berichtet für die »Streifen« von den Ermittlungsarbeiten in diesem Fall.

In einer uns einschlägig bekannten Wohnsiedlung fiel ein hochwertiger Leihwagen auf, ein schwarzer Mini mit auswärtigem Kennzeichen, der offensichtlich gar nicht in diese Gegend passte. Weitere Ermittlungen ergaben, dass die Insassen Kontakte zu einem einschlägig bekannten Mieter hatten. Zudem konnte der Beifahrer des schwarzen Minis ebenfalls als eine aktenkundige Person identifiziert werden. Somit hatten wir einen Anfangsverdacht.

Da wir den Männern zunächst keine Straftat nachweisen konnten, haben wir mit verdeckten Maßnahmen nach dem

Polizeigesetz begonnen und nach den ersten Beweisen auf strafprozessuelle Maßnahmen gewechselt. Hierbei haben wir bewusst auf eine Telefonüberwachung verzichtet. Aus vergangenen Verfahren war uns bereits bekannt, dass insbesondere professionelle Einbrecher bei ihren Taten auf das Mitführen von Mobiltelefonen verzichten, um keine digitalen Spuren zu hinterlassen. Wir konzentrierten uns also bei den Ermittlungen umso mehr auf andere verdeckte Maßnahmen, um die mutmaßlichen Täter zeitnah überführen zu können.

Morgens Einbruch, nachmittags Freibad

Mit unserer gewählten Taktik stellte sich bald heraus, dass die beiden Verdächtigen morgens mit dem Leihwagen und dem Einbruchwerkzeug im Jutesack wie »zur Arbeit« fuhren. Über verdeckte Maßnahmen sind wir dann auch an das zweite Einbrecherpärchen gekommen, die in der gleichen Etage des Hauses wohnten. Wir haben festgestellt, dass sie ständig die gleichen Gebiete abfuhren. Sie haben sich dort immer Ein- oder Zweifamilienhäuser oder Reihenendhäuser ausgesucht. Die Einbrecher kannten die Gegend sehr gut. Sie wussten, welches Auto die Hausbesitzer fahren und ob sie zu Hause sind, und haben die Objekte längere Zeit observiert, um zu sehen, ob sich eine gute Gelegenheit bietet. Bis zum Beginn der dunklen Jahreszeit haben sie vormittags Tageswohnungseinbrüche begangen. Damit waren sie dann mittags fertig, sodass sie sich nachmittags locker ins Freibad legen konnten. In der dunklen Jahreszeit haben sie dann ihre Arbeitszeiten weiter nach hinten verlegt, in die Dämmerung. Meist sind sie in die Wohnungen hereingekommen. Dafür haben sie oft die Fenster aufgehebelt, und wenn das nicht geklappt hat, haben sie einen Stein geworfen. Sie waren auf der Suche nach Geld, Münzen, Uhren und



KHK Michael Kern ließ die versierten Einbrecher nicht aus den Augen.

hochwertigen Elektronikgeräten wie Tablets. Einmal haben sie in Haspe aus einem Tresor Schmuck im Wert von 40.000 Euro entwendet. In manchen Wohnungen haben sie aber auch rein gar nichts gefunden, was sich hätte zu Geld machen lassen.

Die wahre Identität wird vertuscht

Es war gar nicht so leicht, etwas Stichthaltiges über diese Männer herauszufinden. Das waren erfahrene Einbrecher mit gefälschten Papieren und Alias-Namen. Heute wissen wir: Zwei von ihnen sind schon in den Jahren 2014 und 2015 in Dortmund aktiv gewesen, aber dann untergetaucht, weil Haftbefehle gegen sie vorlagen. Sie haben sich dann hier in Hagen wieder niedergelassen und die gleichen Gebiete abgefahren wie vorher.

Ein großes Problem bei den Ermittlungen sind die Leihwagen, mit denen die Täter unterwegs sind. Sie werden in einem verschachtelten System von dubiosen Firmen verliehen, sodass eine genaue Zuordnung des Verleihers kaum möglich ist.

Erfolgreiche Aufklärung

In diesem Fall hat es mit der Aufklärung wie am Schnürchen geklappt. Das ist natürlich nicht in jedem Fall so. Aber wenn man einmal den richtigen Ansatz hat, dann hat man auch Erfolg. Am Tag des Zugriffs wussten wir noch nicht, wie die Einbrecher wirklich hießen. Drei hatten ja falsche Pässe. Deswegen war auch nicht klar, ob und wie stark sie bewaffnet sein würden. Sie planteten wohl noch weitere Taten. Deshalb war ein enormer Personaleinsatz bei der Verhaftung parallel an zwei Orten in Hagen nötig. Sicherheitshalber haben wir mit dem Spezialeinsatzkommando zusammengearbeitet. Die Kollegen haben dann die Zugriffe durchgeführt. Erst als wir die Fingerabdrücke hatten, wussten wir, wer drei der fünf Täter wirklich waren. Ein fünfter Einbrecher, der eigentliche Drahtzieher der Bande, ist allerdings noch flüchtig. Er hat früher als Ladendetektiv gearbeitet. Bei der Durchsuchung der beiden Wohnungen wurde Diebesgut gefunden, das sich drei Tatorten zuordnen ließ. Außerdem haben wir Schuhe gefunden, deren Abdrücke an zwei weiteren Tatorten gesichert worden waren. Einer der Einbrecher



Die vier Täter haben einen Gesamtschaden von 160.000 Euro verursacht.

Fotos (2): Jochen Tack

zeigte sich bei den Vernehmungen kooperativ. Er gestand seine Tatbeteiligung und sagte auch zu seinen Mittätern aus.

Kleinem Ermittlungsteam gelingt großer Erfolg

Wir haben die Ermittlungsarbeit hier in Hagen meistens zu dritt gemacht, in der Urlaubszeit sogar nur zu zweit. Parallel dazu waren wir auch weiter mit der laufenden Sachbearbeitung in anderen Fällen beschäftigt. Nach den Festnahmen ist die Einbruchstätigkeit in den Gebieten, in denen diese Einbrecher tätig waren, deutlich zurückgegangen. Die Bande hat den gestohlenen Schmuck bei verschiedenen Goldankaufhändlern im Ruhrgebiet versetzt. Bei einigen Händlern standen sie mit ihren Alias-Namen schon auf der schwarzen Liste und konnten ihre Ware wohl nicht absetzen. Bei anderen Händlern liefen die Ermittlungen allerdings ins Leere. Die vier Täter stehen jetzt in Hagen vor Gericht. Bis Anfang September sind 18 Verhandlungstage angesetzt. Der Gesamtschaden, den sie angerichtet haben, liegt bei etwa 160.000 Euro. // // **Walter Liedtke**



Die Taschendiebe in Köln betätigten oft den Nothalt von Rolltreppen und Aufzügen, um ihre Opfer in der U-Bahn abzulenken.

Flächendruck auf Taschendiebe Kölner Taschendiebe im Visier

Nach einer Häufung von Fällen im Bereich der U-Bahn-Haltestelle am Kölner Hauptbahnhof verfolgte die Ermittlungsgruppe (EG) »Nothalt« bei der Polizeiwache Köln in der Stolkasse eine Bande aus Taschendieben, die Passanten mit äußerst geschickten Strategien Geldbörsen stahl. Mit hohem Aufwand werteten die Ermittlungsbeamten 139 Strafanzeigen aus und verfolgten die Tätergruppe bis nach Berlin. Drei Tatverdächtige sitzen mittlerweile in Untersuchungshaft.

Gut gekleidet ging er regelmäßig im Businessanzug auf seine Beutezüge. Aus Bosnien eingereist, war er wohl der Kopf einer Bande, die in der Nähe des Kölner Hauptbahnhofs auf Rolltreppen und in Aufzügen der U-Bahn Taschendiebstähle beging. Seine Komplizen - Landsmänner und ein Iraker. »Das waren Profis mit langjähriger Erfahrung in ihrem Metier«, beschreibt Kriminalhauptkommissar (KHK) Roland Dingfeld, der Leiter der EG Nothalt, die Diebe: »Bis zu sieben Täter deckten den Tatbereich fast wie eine polizeiliche Observationseinheit ab. Zwei

gingen voraus, zwei blieben etwas zurück, einer deckte die Situation ab, ein anderer beging die Tat und wenn die Polizei gesichtet wurde, sind die Täter direkt getürmt.« Es gab viele Fälle, in denen die Diebe den Notstopp an der Rolltreppe oder im Aufzug betätigten, um ihre Opfer abzulenken. So kam die Ermittlungsgruppe auch zu ihrem Namen »Nothalt«. Dingfeld und sein Team gingen nach einer Häufung solcher Fälle zur Staatsanwaltschaft und regten das Verfahren an. Es folgten Observationen, Telefonüberwachungen und es wurden Videoaufzeichnungen der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) gesichtet, um die Bandenstrukturen sorgfältig aufzudecken.

Die Nadel im Heuhaufen finden

Die Ermittlungen der Beamten aus dem Ermittlungstrupp und der Sachbearbeiter in der Dienststelle bestanden vor allem aus viel Fleißarbeit. Durch Telefonüberwachungen erfuhr die EG Nothalt zunächst kaum etwas über die Pläne der Taschendiebe. Über einen langen Zeitraum wurden sogar gar keine vergleichbaren

Fälle in Köln angezeigt. Die Suche nach Hinweisen gestaltete sich so zwischenzeitlich als die sprichwörtliche Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Im Rahmen der umfangreichen Ermittlungen stellten die Ermittler dann fest, dass die Diebe unerwartet nach Berlin und in andere Städte reisten, um dort zuzuschlagen. »Die Kollegen aus der Bundeshauptstadt machten uns auf einen Geldautomaten aufmerksam, an dem seit Juni zahlreiche Abhebungen mit gestohlenen EC-Karten verzeichnet wurden.« Als die EG Nothalt die Gespräche der Bande auswertete, fanden sie heraus, dass die Täter nur 500 Meter entfernt von diesem Geldautomaten untergekommen waren. In Berlin verpulverten die Diebe hohe Summen für Besuche im Bordell. »Sie haben ihre Beute buchstäblich auf den Kopf gehauen«, erzählt Dingfeld. Leider waren die Täter wirklich gut vorbereitet und wussten genau, welche Banken über eine Videoüberwachung verfügten. »Wenn es eine Videoaufzeichnung gab, haben sie die Hand vor die Kamera gehalten und wir konnten nichts sehen«, so Dingfeld. Besonders erstaunt war er über hin und wieder paranoid anmutende Vorsichtsmaßnahmen: »Die Bekannte eines jetzt inhaftierten Täters hat nach ihrer Festnahme die SIM-Karte und den Akku ihres Handys im Mund zerkaut. Bei der SIM-Karte konnte ich es noch verstehen, dass sie mögliche Beweise vernichten wollte. Dass sie aber auch den Akku zerstören wollte, war schon skurril.«

Selbst Profis machen Fehler

Mit einigem Aufwand gelang es der Ermittlungsgruppe, sieben Tatverdächtige festzustellen und davon drei in Untersuchungshaft zu bringen. Hilfreich war, dass sich die Taschendiebe auch einige Fehler leisteten. »Der Iraker hat beispielsweise sein Aussehen kaum verändert. Er ist den ganzen Sommer über mit Badelatschen, einer Khakhihose und einem kurzen Hemd herumgelaufen. Meist hatte er auch den gleichen Rucksack auf dem Rücken. Es waren kleine, aber signifikante Fehler, die die Täter bei ihren Taten begingen, die letztlich zur Tatüberführung führten«. Der Anzugträger agierte sehr geschickt und wechselte regelmäßig die Frisur und seine Kleidung. In den seltensten Fällen konnten Taten über die Telefonüberwachung aufgeklärt werden. »In einem Fall haben sich die Täter dumm angestellt und am Telefon die PIN durchgegeben. Dadurch hatten wir natürlich leichtes Spiel«, so Dingfeld. Die Haupttäter sitzen seit letztem Herbst im Gefängnis und haben bereits ein Jahr Untersuchungshaft hinter sich. Die Verhandlung ist für den Herbst 2017 angesetzt. »Die drei, denen wir die umfangreichste Beteiligung nachweisen konnten, werden längere Haftstrafen kriegen«, prophezeit der EG-Leiter. Er weiß aber auch, dass der Gefängnisaufenthalt die Taschendiebe keinesfalls zum Umdenken bringen wird: »Wenn die Diebe entlassen werden, machen sie auf jeden Fall ohne Verhaltensänderung weiter.

BILANZ DER »EG NOTHALT« IN KÖLN

- > 4 Ermittlungsbeamte
- > 139 ausgewertete Strafanzeigen
- > 39 Fälle vor Gericht
- > 7 Tatverdächtige des harten Kerns
- > 3 Taschendiebe in Untersuchungshaft
- > Halbjährige Verfahrensdauer



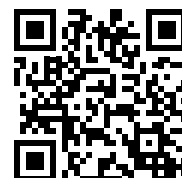
KHK Roland Dingfeld leitete die Ermittlungen in der Polizeiwache Köln.

Es ist ihr Gewerbe und sie können eben nichts anderes.« Hauptziel der Ermittler sei deshalb vor allem, es den Tätern in Köln so unbequem wie möglich zu machen. Erkenntnisse über Reisebewegungen nach Wien und in andere europäische Städte belegen, dass Taschendiebe äußerst flexibel sind und bei entsprechendem Kontrolldruck und drohenden Haftstrafen ausweichen. Gegen die Taschendiebe hilft nach seiner Einschätzung die Mischung aus Flächendruck durch die Bereitschaftspolizei in Verbindung mit Alltagsfestnahmen und Umfangsverfahren. Potentielle Opfer sollten zudem die Möglichkeit nutzen, sich über das Vorgehen der Taschendiebe und Präventionsmaßnahmen zu informieren, beispielsweise über die Präventionskampagne »Augen auf und Tasche zu! Langfinger sind immer unterwegs.«

/// Alexander Lorber

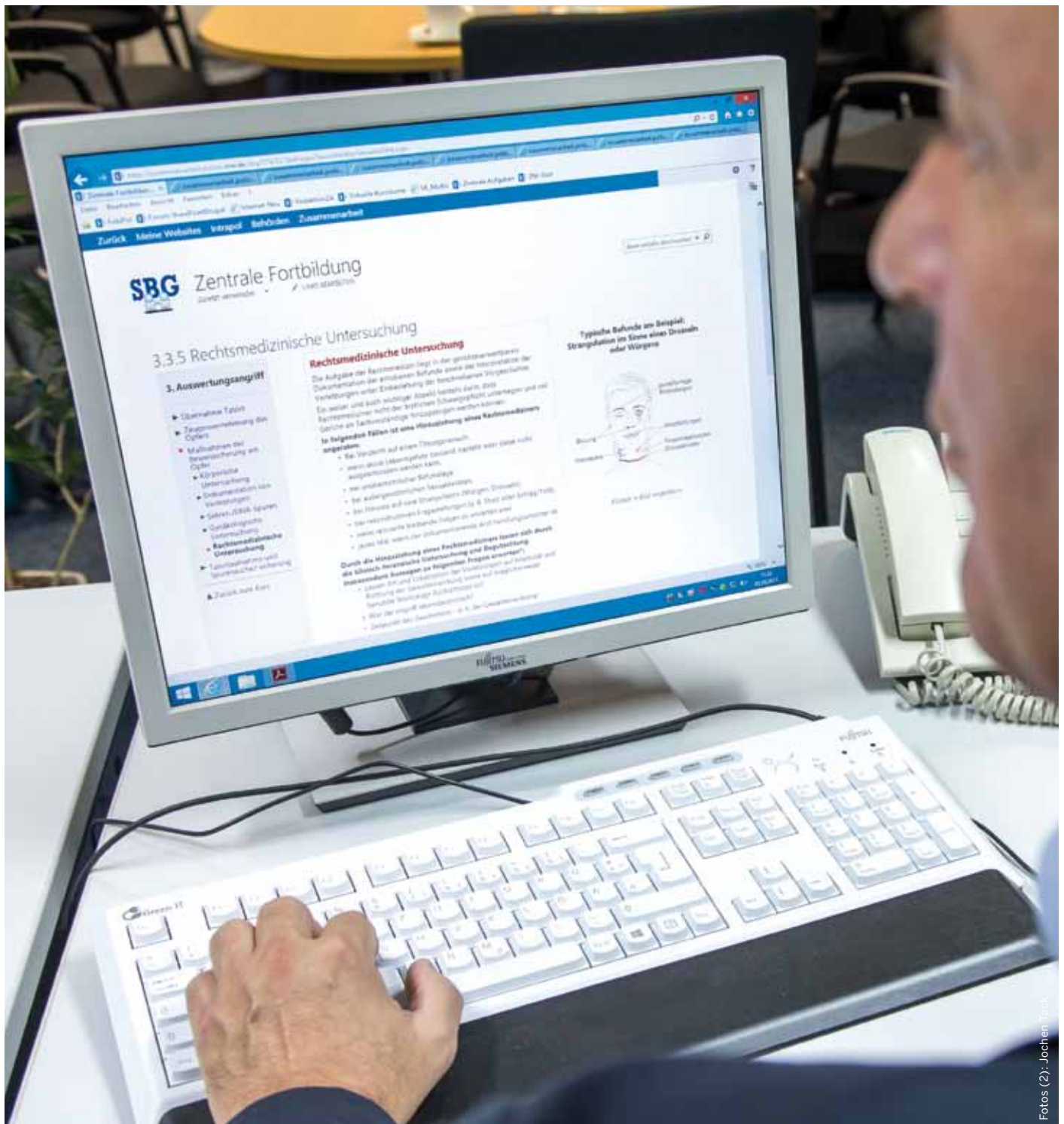
@ Weitere Informationen zum Thema Taschendiebstahl und zur Präventionskampagne »Augen auf und Tasche zu! Langfinger sind immer unterwegs.« findet man im Internet:

https://www.polizei.nrw.de/artikel_9468.html



Selbstlernkurs »Sexuelle Gewaltdelikte«

Das LAFP NRW bietet eine neue E-Learning-Anwendung für alle Polizeibeschäftigten an



Fotos (2): Jochen Beck

Die Lernanwendung ist intuitiv, multimedial unterstützt, und führt Schritt für Schritt durch das schwierige Thema.



KHK Thomas Inger ließ seine Erfahrungen in das Programm einfließen.

»Gewaltdelikte sind ein sehr sensibles Thema. Und viele Kollegen, die neu in diesem Bereich arbeiten, wünschen sich mehr Routine und Sicherheit bei den Maßnahmen, die sie treffen.«

Thomas Inger

Beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW hat ein interdisziplinäres Team eine E-Learning-Anwendung zur Bearbeitung von Sexualdelikten entwickelt. Unter Einsatz praxisnaher Audiofiles vermittelt das Modul grundlegende Fachkenntnisse und klärt zahlreiche Fragen: Wie soll ich mich als Polizeibeamtin oder Polizeibeamter dem Opfer gegenüber richtig verhalten? Und was ist bei der Vernehmung und Beweissicherung zu beachten?

Die Leitstelle der Polizei empfängt einen Anruf: »Was ist passiert?« Die Stimme der jungen Frau zittert, als sie den Notruf kontaktiert: »Ich bin gerade vergewaltigt worden.«

Kriminalhauptkommissar (KHK) Thomas Inger sitzt am Dienstrechner und spielt die einleitende Audiodatei des E-Learning-Programms mit dem Anruf der vergewaltigten Frau ab. Die Tonaufnahmen wurden von professionellen Schauspielern nachgestellt, aber den geschilderten Fall hat er vor ein paar Jahren selbst erlebt. »Gewaltdelikte sind ein sehr sensibles Thema. Und viele Kollegen, die neu in diesem Bereich

arbeiten, wünschen sich mehr Routine und Sicherheit bei den Maßnahmen, die sie treffen«, erklärt der Experte. Deshalb hat er mit Fachleuten aus dem Bereich Informations- und Wissensmanagement einen Selbstlernkurs konzipiert, der die Grundlagen des ersten Angriffs bei Sexualdelikten vermittelt. In Zusammenarbeit mit einem interdisziplinären Team beim LAFP NRW entstand aus dem Fall »Dorothea« eine umfassende E-Learning-Anwendung zu Sexualdelikten. »Durch den Einsatz von verschiedenen Medien wie Audiofiles und Fotos wird dem Nutzer anschaulich vorgeführt, welche Maßnahmen im Ernstfall zu treffen sind.

Ein zusätzliches Angebot

»Das ist mein erster Einsatz bei einer Vergewaltigung«, sagt in einem der Audiofiles die Polizeibeamtin im Streifenwagen zu ihrem erfahreneren Kollegen. Nahezu jeder Polizist wird solche Momente, in denen man ins kalte Wasser geworfen wird, schonmal erlebt haben. Der Selbstlernkurs lässt den Nutzer alle Schritte eines solchen Einsatzes hautnah miterleben. Die Fragen, die dabei auftauchen,

werden mit logisch gegliederten Fakten und Materialien beantwortet und durch stichwortartige Textbausteine und Infokästen ergänzt. Andrea Martin vom LAFP NRW in Selm erklärt die didaktischen Vorzüge: »Wir haben ein zusätzliches Angebot entwickelt, das nicht an eine Fortbildungsmaßnahme gebunden ist. Jeder Polizeibeamte vom Wach- bis zum Ermittlungsdienst kann diesen Kurs flexibel nutzen, zu jeder Zeit und von jedem polizeilichen Dienstrechner aus.« Henning Beckmann, der die strategisch-konzeptionelle Einführung von E-Learning-Anwendungen bei der Polizei NRW umsetzt, betont die Notwendigkeit solcher mediengestützter Formate: »Gerade junge Menschen, aber auch immer mehr Ältere, lernen mittlerweile online, indem sie sich Anleitungen herunterladen oder sich Video-Tutorials anschauen, wo ihnen bestimmte Fragestellungen, zum Beispiel aus dem Bereich Excel oder PowerPoint, anschaulich erklärt werden.« Es sei also ein logischer Schritt, virtuelle Bildungsangebote auch bei der Polizei verstärkt einzusetzen. Dabei sollen sie die Präsenzveranstaltungen der polizeilichen Fortbildung >



Andrea Martin erklärt die didaktischen Vorzüge des E-Learnings.

keinesfalls verdrängen, wie Andrea Martin hervorhebt: »Die Anwendung ist kein Ersatz für unsere Seminare und Fortbildungskurse. Es ist ein niederschwelliges Angebot und soll gerade jungen Kolleginnen und Kollegen erste Grundkenntnisse vermitteln.«

Fachwissen wird perfekt aufbereitet

Thomas Inger klickt sich Schritt für Schritt durch die einzelnen Stationen, die ein Polizeibeamter auch bei einem realen Fall eines Sexualdeliktes durchlaufen würde. Das Übernahmegespräch, der erste Kontakt mit »Dorothea«, die anschließende Zeugenvernehmung auf der Kriminalwache, schließlich das Dokumentieren von

Verletzungen beim Opfer und die Spurensicherung am Tatort. Immer wieder gibt es praxisnahe Audiofiles, die den fiktiven Fall realitätsnah begleiten. »Unser Modul vermittelt neben den fachlichen Inhalten auch die psychologische Komponente. Menschen verhalten sich nach einer solchen Erfahrung sehr unterschiedlich«, so Thomas Inger. Deshalb gebe es auch kein allgemeines Rezept für den Umgang mit dem Opfer. »Als Ermittler muss ich wissen, dass ein Betroffener Schwierigkeiten haben kann, über das Erlebte zu berichten. Die Beamten müssen sehr einfühlsam sein, um das notwendige Vertrauen zu schaffen«, erklärt der Experte. Häufig entwickeln die Opfer sexueller Gewalt

Schuldgefühle und machen sich für die Tat mitverantwortlich. Die Beamten müssen der Betroffenen klarmachen, dass die Schuld allein beim Täter liegt. Henning Beckmann weist darauf hin, dass sich solche Kompetenzen mit einem fakten-gespickten PDF-Dokument niemals vermitteln lassen: »Durch die Audioinhalte übertragen wir genau solche emotionalen Inhalte. Es wird deutlich, wie mitgenommen und verwirrt die Betroffene wirkt.« Um den Nutzern zusätzliche Informationen von fachlicher Seite zu bieten, hat Thomas Inger ein Interview mit einer Psychologin geführt und deren Kommentare im Selbstlernkurs als zusätzlichen Text zur Verfügung gestellt.

Im Detail wird schnell der enorme Aufwand sichtbar, der hinter der E-Learning-Anwendung steckt. Bilder zeigen, wie sichtbare Verletzungen am Opfer richtig gedeutet werden können. Solche Befunde sind gerade für die Justiz entscheidend. Mit Schauspielern wird die gynäkologische Untersuchung nachgestellt und die korrekt durchgeführte Sicherung von Beweismitteln wie Sperma, Blutspuren oder Faserrückständen verdeutlicht. Die Untersuchung des Tatortes wird mit realitätsgetreuen Bildern erklärt. So lernen

»Die Anwendung ist kein Ersatz für unsere Seminare und Fortbildungskurse. Es ist ein niederschwelliges Angebot und soll gerade jungen Kolleginnen und Kollegen erste Grundkenntnisse vermitteln.«

Andrea Martin

Polizeibeamte, was sie in ihrem ersten Einsatz erwartet und wie sie sich darauf vorbereiten können. Die Nutzer erfahren auch, was sie rechtlich beachten müssen und welche Entscheidungen sie in bestimmten Situationen zu treffen haben. In einem integrierten Forum können sich die Nutzer mit anderen Lernenden austauschen oder sich mit ihren Fragen an einen Experten wenden. »Die Opfer von sexueller Gewalt brauchen unsere Unterstützung. Als Polizei sind wir in der Pflicht, eine professionelle Hilfe anzubieten, die dem entspricht«, so Thomas Inger.

Bildungskultur im Wandel

Neben dem neuen Selbstlernkurs »Sexuelle Gewaltdelikte« setzt das LAFP NRW insgesamt circa 30 Virtuelle Kursräume (VK) ein, die sowohl für die Lernenden als auch für Lehrende eine nützliche Ergänzung darstellen und in unterschiedlichen Komplexitätsstufen angeboten werden. Der niederschwelligste Kurs bietet lediglich die Seminarunterlagen und Infos darüber, wo die Präsenzveranstaltung stattfindet. Auf der nächsten Stufe werden im VK »Plus« auch Selbsttests und Materialien zum Einlesen bereitgestellt. Im VK »Pro« gibt es ein umfassendes didaktisches

Konzept, wie es auch der Selbstlernkurs »Sexuelle Gewaltdelikte« beinhaltet. Er soll den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten maximale Flexibilität für die Nutzung bieten und im Dienst frei zugänglich sein. Interessierte können das gespeicherte Wissen jederzeit abrufen. Thomas Inger freut sich, dass die Inhalte nicht nur langfristig im VK erhalten bleiben, sondern auch stetig aktualisiert werden können: »Dem Personal ersparen wir eine aufwendige Recherche und stellen zudem sicher, dass auch bei einem Personalwechsel das gesammelte Fachwissen auf dem aktuellen Stand erhalten bleibt. Natürlich müssen dafür auch die Lehrenden ins Boot geholt werden.« Um das E-Learning-Angebot zu erweitern, können die Fachleute und Konzeptionierer jederzeit auf das LAFP NRW zugehen, wenn sie kreative Ideen für neue Selbstlernkurse oder Lehrinhalte im Portfolio haben, die sich für eine E-Learning-Anwendung eignen. Mit E-Learning-Anwendungen lassen sich in kurzer Zeit große Zielgruppen leicht erreichen. So werden beispielsweise Tutorials für technische Anlagen im Dienst per E-Learning-Anwendung bereitgestellt. Bei der E-Learning-Anwendung »Sexuelle Gewaltdelikte« hat die kreative Zusammenarbeit zwischen Thomas Inger und den Fachleuten vom Informations- und Wissensmanagement zu einem wegweisenden Ergebnis geführt. Das Team hofft, dass sich E-Learning als zusätzliche Lernform zunehmend etabliert. Andrea Martin ist mit dem Ergebnis überaus zufrieden und wünscht sich, dass viele Beamtinnen und Beamten den Kursraum ausprobieren: »Ich kann jedem Polizeibeamten nur empfehlen, dieses innovative Angebot auch zu nutzen.« Der Fall »Dorothea« führt im Selbstlernkurs übrigens zur Festnahme des Täters. Welche Spur die Ermittlungsbeamten zum Täter führt, können interessierte Kolleginnen und Kollegen selber herausfinden, wenn in Kürze der Link zum neuen Selbstlernkurs im Intranet eingestellt wird.

/// Alexander Lorber



Fotos (2): Jochen Taack

Kreative Ideen der Fachleute sind für Henning Beckmann immer willkommen.



NRW-Innenminister Ralf Jäger im Gespräch mit Tutoren im PP Duisburg

Engagement für die Zukunft der Polizei

Die Arbeit der Tutoren ist unentbehrlich

Bedingt durch die erhöhten Einstellungszahlen und den Anfang September 2016 in Kraft getretenen reformierten Bachelorstudiengang für den Polizeivollzugsdienst ist die Tutorentätigkeit noch wichtiger geworden als zuvor. Der Bereich der Praxis ist nun mehr denn je ein Lernort. NRW-Innenminister Ralf Jäger besuchte im März Tutorinnen und Tutoren direkt an ihrem Arbeitsplatz im Polizeipräsidium Duisburg.

Er verschaffte sich dabei sowohl in der Polizeiwache des Präsidiums als auch im Kriminalkommissariat (KK) 13 einen unmittelbaren Eindruck von der Arbeitssituation vor Ort und nahm aus der anschließenden lebhaften Diskussion Anregungen mit, was noch verbessert werden kann, um die Arbeitsbedingungen zu erleichtern.

Hintergrund seines Besuches war die Reihe der regionalen Minister-Direkt-Veranstaltungen im vergangenen Jahr, bei der Jäger mit den Beschäftigten im Polizeidienst in NRW über ihre Arbeitssituation diskutierte. Dabei wurde die hohe Arbeitsbelastung der Tutoren wiederholt angesprochen. Dem Minister war es ein großes Anliegen, sich mit Tutorinnen und Tutoren noch



Foto: Jochen Tack

einmal separat vor Ort zu treffen, um sich einen persönlichen Eindruck von den Herausforderungen zu machen, die sie bei ihrer Aufgabe zu meistern haben. Den Dienstgruppen bleiben lediglich acht Wochen im gesamten Jahr, in denen sie keine Auszubildenden begleiten. Daher ist es erforderlich, vor allem die räumliche und technische Ausstattung an diese Personenzahl anzupassen.

Mehr Tutoren benötigt

»Wir brauchen diese engagierten Kolleginnen und Kollegen! Gerade weil wir die Neueinstellungen bei der Polizei in den letzten Jahren sukzessive immer weiter auf das Rekordniveau angehoben haben, sind wir auf das Engagement und die Unterstützung der erfahrenen Kolleginnen und Kollegen angewiesen«, erklärte Ralf Jäger bei seinem Besuch.

So auch in der Direktion K in Duisburg. Die Tutorinnen und Tutoren werden dort mit dem neuen siebenwöchigen Pflichtpraktikum einen deutlich größeren Anteil an der fachpraktischen Ausbildung und somit entsprechend mehr Verantwortung übernehmen.

Das bedeutet auch, dass zukünftig in diesem Bereich noch mehr Tutorinnen und Tutoren benötigt werden. Gleichzeitig wurde durch die stärkere Modularisierung des Studienverlaufsplans eine zeitlich gleichmäßigere Verteilung der Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter erreicht. Polizeidirektor Jürgen Zeitner (FHÖV NRW) hat die Umstrukturierung des Bachelorstudiengangs geleitet. Er betont, wie wichtig die Arbeit ist, die hier geleistet wird: »Jeder Studierende, der in die Praxis geht, hat einen Tutor oder eine Tutorin, der sie oder ihn das ganze Studium lang begleitet. Sie wissen immer, welchen Lernstand die Person gerade hat. Mit diesem Blick müssen dann die Praxisssituationen ausgewählt werden.« >



Die Duisburger Polizeipräsidentin Dr. Elke Bartels und NRW-Innenminister Ralf Jäger erläuterten, wie wichtig die Arbeit der Tutorinnen und Tutoren ist.

Der Weg aus der Theorie in die Praxis

Tutorinnen und Tutoren begleiten die jungen Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter, fördern und unterstützen den Transfer aus Theorie und Training in die Praxis. Ihrem Einschreit- bzw. Arbeitsverhalten kommt hierbei aufgrund des Vorbildcharakters besondere Bedeutung zu. Die Duisburger Polizeipräsidentin Dr. Elke Bartels betonte die Wichtigkeit des Engagements der Kolleginnen und Kollegen: »Tutorinnen und Tutoren stellen das dringend benötigte Rückgrat für die fachpraktische Ausbildung und Prüfung der nächsten Generation Polizei dar.«

Das bestätigt auch der angehende Tutor Polizeioberkommissar Rene Gilbers: »Der Weg des Tutors ist für mich eine tolle Sache. Ich habe ein hohes Interesse daran, den studierenden Praktikanten eine optimale Ausbildung in den einzelnen Praktika durch qualifizierte Tutoren zu ermöglichen, da diese mit Beendigung ihres Studiums mit uns im Streifenwagen sitzen und professionell arbeiten sollen. Die Studierenden sind die Polizei von Morgen und aus diesem Grund sollten wir bestrebt sein, das Ausbildungsniveau hoch zu halten.«



Foto: Gordon Wenzek

POK Rene Gilbers, KPB Rhein-Kreis-Neuss

Bedingungen vor Ort verbessern

Bisher ist es bereits in vielen Punkten gelungen, die tatsächlichen Bedingungen, unter denen Ausbildung in der Praxis stattfindet, zu verbessern oder von bürokratischen Hindernissen zu befreien und damit zumindest mittelbar die Arbeit der Tutorinnen und Tutoren zu unterstützen. Künftig soll der Faktor Ausbildung auch beim Musterraumprogramm berücksichtigt werden. Außerdem haben Vereinfachungen bei Transport der Dienstwaffen der Studierenden durch die Schaffung von Poolbeständen zu einer erheblichen Entlastung der Praxisdienststellen geführt. Ralf Jäger zeigt sich zuversichtlich: »Das Raum- sowie Technikproblem sollte gelöst werden können. In drei bis vier Jahren soll im Idealfall viel mithilfe von Tablets und Smartphones vom Wagen aus gemacht werden können, sodass der Bedarf an stationären Arbeitsplätzen in der Wache zurückgehen sollte«, so der Minister.

Engagement gehört zum Selbstverständnis

Ungeachtet der äußeren Umstände sehen es die Kolleginnen und Kollegen trotz immer höherer Belastung dennoch als eine Selbstverständlichkeit an, ihr Können und ihre Erfahrung auf diesem Wege weiterzugeben.

Beim Treffen mit Minister Jäger wurde auch darüber diskutiert, ob finanzielle Anreize gesetzt werden sollten, um mehr Tutorinnen und Tutoren zu gewinnen. Doch die Bedenken von beiden Seiten überwogen: Die Anreizwirkung sollte keine materielle, sondern eine ideelle sein. »Es macht ja Spaß, das sollte man nicht unter den Tisch fallen lassen. Man wird auch von den Kollegen der Dienststelle unterstützt. Die Motivation sollte von innen heraus kommen und nicht ausschließlich aufgrund finanzieller oder materieller Anreize«, bestätigt der Duisburger Kriminaloberkommissar Jörn Schiegat. **/// Marsha Amelung**



Fotos (2): Jochen Tack

NRW-Innenminister Ralf Jäger informierte sich bei Tutor/inn/en und Polizeianwärter/inne/n in der Wache im PP Duisburg.

Neue Räume für mehr Studierende Eröffnungsfeier zum Neubau der FHöV NRW in Köln



Zur feierlichen Eröffnung des Neubaus der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV NRW) in der Erna-Scheffler-Straße in Köln wurde Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, gemeinsam mit etwa 250 Gästen herzlich von der Leitung der Abteilung Köln empfangen. »Der Campus Deutz ist eine neue Heimat für Lernende und Lehrende. Hervorragend ausgebildete junge Frauen und Männer sind die Zukunft des öffentlichen Dienstes in NRW. Und sie sieht glänzend aus«, betonte Ralf Jäger.

Nach dem Beginn der Eröffnungsfeier mit dem Empfang des NRW-Innenministers durch die Leitung der Abteilung Köln folgte die symbolische Schlüsselübergabe durch Olaf Geist, Leiter der Baufirma Aurelis Region West, an den Innenminister Ralf Jäger. Anschließend hielten sowohl der Minister als auch Reinhard Mokros, der Präsident der FHöV NRW, ihre Reden und begrüßten die zahlreichen Gäste. Schließlich richtete sich der Minister direkt an die Studentinnen und Studenten: »Die öffentliche Verwaltung braucht Menschen für die Zukunft dieses Landes und für diese Aufgabe brauchen wir Sie, liebe Studierenden.« Auch

wenn die Quantität steige, dürfe die Qualität nicht leiden, so der Minister. Der Neubau biete die perfekte Voraussetzung, um das hohe Niveau an Qualität zu halten. »Es liegt nun an uns, dieses Hochschulgebäude auch mit Hochschulleben zu füllen«, fügte Prof. Dr. Reiner Tillmanns, der Senatsdozentensprecher der FHöV NRW hinzu. Die Eröffnungsfeier endete mit einer kurzen Führung durch den Neubau und einem kleinen Empfang im Städtesaal. >



Der Kölner Polizeipräsident Jürgen Mathies gehörte zum Kreis der Ehrengäste.



Reinhard Mokros, Präsident der FHÖV NRW (r.) und Dr. Holger Nimtz, Leiter der Abteilung Köln der FHÖV NRW (l.)



Fotos (4): Jochen Tack

Professionelle Hochschulbildung

Das Thema Liegenschaften ist aufgrund der gestiegenen Studierendenzahlen von hoher Relevanz für die FHÖV NRW. Davon profitiert auch die Polizei. Insbesondere bei den aktuellen Einstellungszahlen der Polizei lässt sich ein deutliches Plus verzeichnen – Tendenz weiter steigend.

Mit dem Gebäudekomplex am Deutzer Feld in Köln wurden die räumlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, der steigenden Nachfrage an Studienplätzen auch künftig gerecht zu werden. Indem optimale Lehr- und Lernbedingungen für ein zeitgemäßes Studium geschaffen wurden, steht der Neubau gleichzeitig für die umfangreiche Professionalisierung und Erweiterung der Möglichkeiten für eine anspruchsvolle Hochschulbildung am Standort Köln. Die Nachwuchskräfte des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten in Kooperation mit den Einstellungsbehörden und dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) eine ideale Vorbereitung auf ihren späteren Berufsalltag.



NRW-Innenminister Ralf Jäger machte sich in der neuen Bibliothek ein Bild von den guten Arbeitsbedingungen der Studierenden.



Das neue Gebäude bietet optimale Lehr- und Lernbedingungen für ein zeitgemäßes Studium.



Ralf Jäger: »Hervorragend ausgebildete junge Frauen und Männer sind die Zukunft des öffentlichen Dienstes in NRW.«



Fotos (4): Jochen Tack

Die 22.000 Quadratmeter Gesamtfläche verteilen sich auf vier ober- und zwei unterirdische Etagen.

Moderne Räumlichkeiten geschaffen

Nachdem erst im Juni 2015 der Bauträger, das Immobilienunternehmen Aurelis Real Estate GmbH & Co. KG, mit den Rohbauarbeiten begonnen hatte, erfolgte am 1. Dezember bereits die Fertigstellung des Gebäudes. Seit Anfang dieses Jahres herrscht in den Räumlichkeiten jetzt der reguläre Studienbetrieb.

Der Neubau der FHÖV NRW hat eine Bruttogeschossfläche von etwa 22.000 Quadratmetern. Der Gebäudekomplex besteht aus vier oberirdischen sowie zwei unterirdischen Geschossen und umfasst auch eine Tiefgarage mit 300 Stellplätzen.

Für die Studierenden stehen 48 Kursräume, zwei IT-Lehrveranstaltungsräume, 13 Gruppenarbeitsräume, zehn TSK-Räume (Training Sozialer Kompetenzen) und eine etwa 650 Quadratmeter große Bibliothek zur Verfügung. Hinzu kommen 60 Büroarbeitsplätze für Lehrende und 24 für Verwaltungsangehörige der Fachhochschule. Ein Städtesaal, der mit einer Größe von etwa 500 Quadratmetern rund 400 Personen Platz bietet und multifunktional einsetzbar ist, komplettiert die moderne Ausstattung des Gebäudes und stellt somit langfristig eine hochwertige Bildung an der FHÖV NRW für die Zukunft sicher.

/// Sandra Warnecke, FHÖV NRW



Projektleiter Achim Schmitz hat die Entstehung von »viva« von Anfang an begleitet.

An der Wiege von »viva« Projektleiter Achim Schmitz und IT-Referent Thomas Roosen berichten von ihren Erfahrungen mit dem neuen Vorgangsbearbeitungssystem

Achim Schmitz, der Leiter des Projekts viva beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW), und Thomas Roosen, Referent für IT-Angelegenheiten im Referat 405 des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW), schnitzten vom ersten Tag des Projekts bis heute an der Wiege von viva. Mit der erfolgreichen Ablösung des Fahndungssystems POLAS NRW ist ihnen die erste Phase der Einführung von viva 2.0 im Februar 2017 gelungen. Das war die Geburtsstunde des neuen Vorgangsbearbeitungssystems. Die zweite Phase der Einführung, viva 2.1, hat nun begonnen. Entwickelt wird viva in Kooperation mit der Firma DTHS (Deutsche Telekom Healthcare and Security Solutions GmbH).

Streife: Herr Schmitz, welche Hürden mussten Sie seit November 2013 als Projektleiter von viva überwinden?

Schmitz: Großprojekte bei der Polizei NRW bringen es mit sich, dass man mit vielen verschiedenen Menschen immer wieder ganz neue Vereinbarungen treffen muss und das ist das, was den Alltag ausmacht. Besonders spannend gestaltete sich bei der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) viva Anfang Februar die Migration aller Fahndungsdaten von POLAS NRW nach viva, die wir vorher oft »üben« mussten.

Streife: Ist das neue viva 2.0 mittlerweile im Land angekommen und welchen Eindruck haben Sie davon, wie es angenommen wird?

Schmitz: Das Bild ist sehr heterogen. Wir haben zum einen die Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich der Personen- und Sachfahndung oder der Kriminalpolizeilichen Personenakte (KPA)

bereits recht intensiv mit und in der Anwendung arbeiten müssen. Sie haben ganz andere Anfangsschwierigkeiten als diejenigen, die ausschließlich eine Auskunft über **viva** stellen. Ein Problem, mit dem wir nicht gerechnet hatten, ist die vielfach bemängelte Unübersichtlichkeit der Applikation. Es gibt Beschwerden darüber, dass das abgefragte Ergebnis nicht auf einen Blick ersichtlich ist, sondern dass man noch mehrfach in der Ansicht klicken muss. Das ist zum Teil der Philosophie der Anwendung geschuldet, teilweise haben wir aber auch noch eindeutiges Verbesserungspotential, gerade wenn es um Belange der Einsatzsachbearbeitung geht.

Streife: Herr Roosen, welche Aufgabe übernehmen Sie im Ministerium beim Projekt **viva?**

Roosen: Ich bin als Referent für IT-Angelegenheiten der Polizei NRW zuständig für IT-Strategie, Controlling aller IT-Landesprojekte und Entwicklung von IT-Anwendungen. Ein weiterer großer Schwerpunkt meines Aufgabenbereiches ist die IT-Sicherheit. Dieser Bereich gewinnt gerade jetzt, wo immer intensivere Bestrebungen vorliegen, IT-Anwendungen länderübergreifend zu harmonisieren, zunehmend an Bedeutung. **viva** begleiten wir sehr intensiv als größtes IT-Projekt der Polizei NRW im Rahmen des Projektcontrollings.



IT-Referent Thomas Roosen

Streife: **viva stellt hohe Anforderungen an seine Nutzer. Hier und dort wird geflucht, dass zum Beispiel die Abfragegeschwindigkeit nicht immer so hoch sei, wie beim alten POLAS NRW. Was sind Ihre ganz persönlichen Sorgen und Ärgernisse, die **viva** Ihnen bereitet?**

Roosen: Wenn eine neue IT-Anwendung eingeführt wird, kommt es regelmäßig zu Problemen. Der erste Umgang ist immer von Unsicherheit geprägt. Hinzu kommt die jahrelange Gewöhnung der Beamtinnen und Beamten an POLAS NRW. Doch **viva** verbessert unsere Datenqualität, auch wenn das bedeutet, dass das System weniger frei befüllbare Felder mit sich bringt als POLAS NRW. Fehler werden von der Applikation nicht verziehen. Das führt dazu, dass die Eingabe etwas länger dauert. An diese Systematik muss man sich erst einmal gewöhnen.

Doch man muss hier auch um Verständnis bitten. Ich gehe davon aus, dass mit der Einführung von **viva** 2.1 und der bis dahin erlangten Routine die Zeiten, die für genau diese Eingaben wie Fahndungsausschreibungen aufgebracht werden müssen, wieder zurückgehen.

Ich persönlich würde die Einführung gerne schneller umsetzen wollen. Das ist jedoch leider nicht möglich, da wir zum einen das in dem zentralen Stadtstaat Berlin eingeführte System POLIKS in einem großen Flächenland mit dezentralen Strukturen nutzen wollen. Entsprechend muss das System ummodelliert werden. Es braucht seine Zeit, diese Strukturen abzubilden.

Zum anderen wird mit **viva** 2.1 die bislang umfangreichste Schulungsmaßnahme der Polizei unseres Landes durchgeführt. Das ist akribisch zu planen, da wir nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einmal auf die Schulbank setzen können. Der polizeiliche Alltag muss natürlich weiterlaufen. Das ist eine Koordination, die zwischen dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW), dem LZPD, dem MIK NRW und natürlich den Kreispolizeibehörden abgestimmt werden muss. Das ist keineswegs trivial.

Streife: Wird die Firma DTBS so lange mit im Boot sein, bis auch **viva 2.1 eingeführt ist? Wie sieht es mit den Kosten aus?**

Roosen: Wir hatten zu Beginn des Projekts eine Gesamtkostenaufstellung von rund 30 Millionen Euro. Diesen Kostenrahmen werden wir nicht überschreiten. Und in diesen Kosten sind auch alle Leistungen der Firma DTBS enthalten. Die Zusammenarbeit mit der DTBS verläuft sehr gut und äußerst kooperativ. DTBS wird sicher während der gesamten Projektlaufzeit, aber auch im Rahmen der nach Abschluss des Projekts erforderlichen Pflege, Wartung und Weiterentwicklung stetiger Begleiter von **viva** bleiben. Das Entwickler-Knowhow, das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DTBS besitzen, können wir selbst nicht aufbauen.

Streife: Auf welchem aktuellen Stand ist **viva 2.1?**

Schmitz: Wir haben etwa 200 erforderliche Anwendungsfälle, die wir im Bereich der Vorgangsbearbeitung in **viva** anpassen oder neu realisieren, also entwickeln müssen. Ein Anwendungsfall ist zum Beispiel ein Verkehrsunfall oder eine Strafanzeige. Wir hoffen, alle Anwendungsfälle bis Herbst dieses Jahres geschafft >

zu haben. Dann schließen sich noch weitere Phasen an. Alles, was wir einpflegen, muss natürlich getestet werden.

Wir haben die erste Version von vIVA 2.1 zum Testen schon jetzt im Haus. Es stellte sich heraus, dass es durchaus Sinn macht, in Segmenten zu testen, um zügig in der Entwicklungsarbeit voranzukommen. Darüber hinaus haben wir noch diverse Schnittstellen anzupassen, alle Systeme, die mit vIVA 2.0 erstmal nicht angelegt werden konnten.

Wir müssen mit der Einführung von vIVA 2.1 von Beginn an, also mit dem ersten Vorgang, den die Kolleginnen und Kollegen in vIVA 2.1 erfassen werden, in jeder anderen Kreispolizeibehörde in der Lage sein, diesen Vorgang weiterzubearbeiten. Das macht es insbesondere für die Schulungsmaßnahmen so aufwendig. Der Zeitraum zwischen Schulung und Echtbetrieb sollte so gering wie möglich gehalten werden. Wir schätzen, dass wir nach der Einführung einen Parallelbetrieb mit dem jetzigen IGVP für die Erfassung von neuen Vorgängen für eine Dauer von etwa zwei Jahren einplanen müssen.

Streife: Am 13. März dieses Jahres wurden in einem Pilotprojekt 100 Tablets an vier Behörden in NRW ausgegeben, um eine Art mobiles Büro im Streifenwagen zu ermöglichen. Wie sieht es mit der angekündigten mobilen Nutzung von vIVA aus?

Roosen: Tablets sind ein weiterer Schritt in die Zukunft der polizeilichen Arbeit, der unumkehrbar ist. Wir werden in dem angesprochenen Pilotprojekt feststellen, ob die angeschafften Tablets gut sind oder ob möglicherweise andere Modelle oder sogar

Smartphones besser geeignet sind. Möglicherweise ist auch die Nutzung beider Geräte, je nach Aufgabe, sinnvoll.

vIVA wird als komplette Anwendung sicher nicht auf ein mobiles Endgerät kommen, das wäre zu komplex. Mit dem Ausrollen von vIVA 2.1 werden wir feststellen, welche Funktionen sinnvoll sind, um sie auf einem mobilen Gerät zur Verfügung zu stellen. Die Fahndungsabfragen sind aktuell in der Prüfung und werden im Rahmen des Pilotprojekts für die Tablets nutzbar sein. Das bedeutet, dass eine erste Komponente von vIVA Mobil zeitnah umgesetzt wird. // Claudia Franken, LZPD NRW



Claudia Franken (LZPD NRW) im Gespräch mit vIVA-Projektleiter Achim Schmitz

Digital und standardisiert bestellen und abrechnen Mehr Transparenz durch EPOS.NRW

Buchhaltung, Haushaltsführung – was soll das mit Polizeiarbeit zu tun haben? Jede Menge, denn wenn die Rechnungen nicht richtig gebucht werden könnten, dann würde in den Kreispolizeibehörden bald gar nichts mehr laufen.

Die Tankanzeige steht auf Reserve, das gelbe Licht leuchtet auf. Höchste Zeit, zur nächsten Tankstelle zu fahren. Getankt wird auf Karte. Die Abrechnung erhält die Polizei am Ende des Monats. Dass diese bezahlt wird und die Streifenwagen somit weiterrollen, dafür sorgen die Haushalter in den Polizeibehörden. Die meiste Zeit über arbeiten sie im Verborgenen. Erst wenn die Abläufe und Verfahren ins Stocken geraten, würden alle merken, dass ohne sie auch bei der Polizei nichts läuft. Die Verwaltung nutzt für solche Vorgänge aktuell das Programm MACH c/s. Das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) sowie die Kreispolizeibehörden Duisburg und Oberbergischer Kreis arbeiten als Pilotbehörden seit Aschermittwoch in der

speziell für die Polizei NRW angepassten SAP-Software EPOS.NRW.

Die Abkürzung steht für »Einführung von Produkthaushalten zur Outputorientierten Steuerung. Neues Rechnungswesen.« Die Landesregierung hat bereits 2006 eine grundlegende finanzwirtschaftliche Reform beschlossen. Mit Hilfe des SAP-Systems EPOS.NRW soll das Finanzbuchhaltungssystem in der gesamten Landesverwaltung vereinheitlicht werden. Ein Großteil der Landesbehörden arbeitet bereits in dem neuen System, das mit der doppelten Buchführung inklusive Integrierter Verbundrechnung die bisherige kamerale Titelnwirtschaft ablöst.

Polizeikleidung bestellen

Die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter merken von dieser Umstellung zunächst einmal nichts. Bis auf eine Ausnahme: Polizeibeamte der Pilotbehörden, die online neue Uniformteile bestellen möchten, sehen nicht mehr ihre gewohnte Bestellumgebung, sondern den neuen Webshop von EPOS.NRW. Vielleicht wirken die

zahlreichen Felder und Daten auf den ersten Blick ungewohnt. Doch dafür sind jetzt nur noch wenige Klicks nötig, um das neue Diensthemd oder die Funktionssocken zu bestellen. Wer sich unsicher ist, kann im Intrapol auf den Seiten des Projekts EPOS.NRW Hilfen zur Bestellung finden.

Besonders intensiv kommt EPOS.NRW jedoch in der Polizeiverwaltung zum Einsatz. In den Kreispolizeibehörden in den Dezernaten ZA 1 und ZA 3. Das neue System macht den heutigen Beschaffungsantrag in Papierform überflüssig. Dank eines digitalen Workflows kann ein gesamter Vorgang vom Antragsteller bis hin zum Beschaffer papierfrei erfolgen.

Buchhaltung der Polizei NRW

Die Arbeit in den Behörden wird vor allem die Zentralisierung der Buchhaltung verändern. Dort muss in Zukunft bei einer Rechnung noch entschieden werden, um welche Art von Kosten es sich handelt und auf welches Konto sie gebucht werden soll. Dann wird die Rechnung eingescannt und an die zentrale Buchhaltung in Duisburg weitergeschickt. Dort verbuchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Rechnung und weisen die Zahlung an. Da somit landesweit nach einheitlichen Standards gebucht wird, verbessert sich die Datenqualität und schnelle Auswertungen werden möglich.

Neu ist ebenfalls ein landesweites Vertragsmanagement, das Lieferanten zentral erfasst. Wer also etwa in seiner Behörde Toilettenpapier bestellen muss, kann im System mit Hilfe eines Dropdown-Menüs nachsehen, welche Vertragspartner es im Land bereits gibt und wo man somit schnell Nachschub beschaffen kann.

»Mit EPOS.NRW wird nicht nur eine neue Software eingeführt. Auch Arbeitsabläufe vor Ort werden sich ändern. Letztendlich sollen vereinheitlichte Prozesse zu noch mehr Ordnung und Transparenz führen«, verdeutlicht Markus Henkel. Er ist in der Abteilung 4 des Ministeriums für Inneres und Kommunales verantwortlich für die Einführung von EPOS.NRW.

Der erste Start ist geglückt

Seit Januar 2014 bereitet das Projekt EPOS.NRW beim LZPD in Duisburg alles für die Umstellung vor. Aus den anfangs 16 Mitarbeitern sind aktuell 49 geworden. Es gab und gibt viel zu tun. Die Standardsoftware von SAP musste an die Belange der Polizei angepasst werden. Ein gesamtes neues Modul wurde programmiert und mit den bereits bestehenden Programmteilen verzahnt. Fast 500.000 Daten wurden vom alten in das neue Programm übertragen und mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pilotbehörden geschult. Trotz hunderter Workshops und Testdurchläufe waren die Projektmitarbeiter gespannt, wie Anfang März 2017 der Start in den drei Pilotbehörden funktionieren würde. Vor allem der neu aufgebaute Buchungs- und Kostenrechnungsservice (BKS), der als zentrale Servicestelle über eine Hotline den Anwendern im Land mit Rat und Tat zur Verfügung steht, rüstete sich für einen großen Ansturm. »Die großen Probleme blieben zum Glück weitgehend aus. Da hat sich die viele Arbeit im Vorfeld gelohnt. Allerdings gilt es, bis zum Start in den

restlichen 47 Behörden noch einige Kinderkrankheiten auszumerzen«, resümiert Wolfgang Weber, der Leiter des Projekts EPOS.NRW-Polizei, den Start der Pilotbehörden.

Anfang 2018 soll es dann so weit sein. Die übrigen Polizeibehörden im Land sollen nachziehen. Die Behörden werden Schritt für Schritt an EPOS.NRW herangeführt. Neben Präsenzs Schulungen erleichtern Web-Based-Trainings, Arbeitshilfen und eine von Experten durchgeführte Anlaufunterstützung, die die ersten Schritte im Programm begleitet, den Übergang in das neue System. Für die 47 weiteren Polizeibehörden beginnen die insgesamt rund 650 Pflichtschulungstermine ab Mitte des Jahres 2017.

Als Vorbereitung auf die Umstellung haben fast alle Behörden Koordinierungsgruppen eingerichtet und feste Ansprechpartner benannt. Für die Überführung der vorhandenen Datenbestände in das neue System ist ein geordneter Haushaltsbereich das A und O. »Wenn die letzte Inventur schon etwas weiter zurück liegt, könnte es sich anbieten, vor dem Start von EPOS.NRW noch eine durchzuführen«, empfiehlt Wolfgang Weber.

/// Tobias Ostendorf, Katerina Breuer, Markus Henkel, Winfried Südkamp, Wolfgang Weber

KONTAKT

Service-Hotline des Buchungs- und Kostenrechnungsservice (BKS): 07 223 2828

EPOS.NRW findet man im Intrapol der Polizei NRW unter »Zentrale Aufgaben« > Informationstechnik IT-Projekte > EPOS.NRW-Polizei.

EPOS.NRW – AUF EINEN BLICK

Die Abkürzung steht für »Einführung von Produkthaushalten zur Outputorientierten Steuerung. Neues Rechnungswesen«.

EPOS.NRW ist ein Modernisierungsprogramm für das Haushalts- und Rechnungswesen der gesamten Landesverwaltung. Nach den Kommunen stellt damit auch die Landesverwaltung von der kameralen Haushaltsführung auf die doppelte Buchhaltung und jährliche Bilanzierung um.

Mit speziellen Budgetberichten soll EPOS.NRW das Kostenbewusstsein schärfen. Durch eine einheitlich hohe Datenqualität sollen die Transparenz und die Berichts- und Auswertemöglichkeiten verbessert werden.

EPOS.NRW ist eine auf die Bedürfnisse der Polizei hin angepasste Variante der Softwarelösung SAP. In vielen großen Organisationen und auch mehreren Landespolizeien hat sich SAP bereits bewährt. Arbeitsabläufe werden dabei digitalisiert und standardisiert.

Ein neuer Stern in der Fahrzeugflotte der NRW-Polizei

Der Mercedes »Vito« ist ab Herbst im Polizeieinsatz

Der neue Kleinbus wird ab Herbst dieses Jahres im Streifendienst zu sehen sein. Der Tourer wird sukzessive den VW T5 ablösen. Das Fahrzeug enthält jeglichen Komfort eines Funkstreifenwagens in der Pkw-Klasse, gepaart mit den Vorteilen eines Kleinbusses, wie zum Beispiel ein für diese Klasse übliches Raumangebot. Der neue Wagen vereint damit Vielseitigkeit, Komfort, Qualität und Sicherheit auf der Straße.

Kolleginnen und Kollegen von verschiedenen Autobahnpolizeiwachen hatten schon jetzt die Gelegenheit, sich einen ersten Eindruck von dem Musterfahrzeug beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW) in Duisburg zu machen. Es wurde bestaunt, gefragt, geprüft und kritisch begutachtet.

Die Anforderungen an die Einsatzmittel im täglichen Dienst steigen ständig. Deshalb hatten die Experten des LZPD NRW im Vorfeld der Ausschreibung ein umfangreiches Pflichtenheft für die Fahrzeughersteller erstellt. Gesucht wurde ein Dienstwagen in der Fahrzeugklasse eines Kleinbusses, aber mit dem Anforderungsprofil und Funktionsumfang eines Funkstreifenwagens. Für die anschließende Vergabe ist üblicherweise das Gesamtpaket ausschlaggebend. »Da zählte auch bei diesem Kleinbus wieder Praxis vor Preis«, betonte Polizeidirektor Ulrich Heuke, verantwortlicher Dezernatsleiter beim LZPD NRW. Beim Mercedes Vito handele es sich um ein sehr modernes Fahrzeug mit einigen Highlights.

Die Ausstattung lässt kaum Wünsche offen

Insgesamt ist eine Vielzahl von Innovationen aus der Autoindustrie der letzten Jahre eingeflossen, die auch dieses Dienstfahrzeug sicher, modern und nicht zuletzt bequem machen. Ein wichtiges Ausstattungsdetail, das unter den Kolleginnen und Kollegen auf viel Zuspruch stieß und über das angeregt diskutiert worden war, ist das Navigationsgerät. »Das Navi kommt allen zugute – egal, wo das Fahrzeug später eingesetzt wird«, machte Polizeihauptkommissar (PHK) Thomas Lütkemeyer von der Düsseldorfer Autobahnpolizei deutlich. »Gerade zur heutigen Zeit unterstützt man oft in anderen Bereichen, wo man sich nicht auskennt, da ist das Navigationsgerät auf jeden Fall sehr sinnvoll.«

Das Entertainmentprogramm ist ein weiteres Highlight des neuen Mercedes Vito. »Selbst Bluetooth und Freisprecheinrichtung gehören jetzt zu der künftigen Ausstattung in den neuen Fahrzeugen«, erklärte PHK Oliver Steinkamp, zuständiger Sachgebietsleiter im Bereich des landesweiten Fuhrparkmanagements beim LZPD NRW. Eine Innenraumüberwachung zur Sicherung der mitgeführten Waffen und sonstigen Führungs- und Einsatzmittel sowie ein Radio runden das geforderte Ausstattungspaket ab. >

»Gerade zur heutigen Zeit unterstützt man oft in anderen Bereichen, wo man sich nicht auskennt, da ist das Navigationsgerät auf jeden Fall sehr sinnvoll.«

Thomas Lütkemeyer



Foto: LZPD NRW



Foto: Ralf Hövelmann

Der neue »Vito« im Innenhof des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) in Düsseldorf.

Sichere und auffällige Dienstfahrzeuge

Eine Autobahnpolizeiwaache hatte den Wunsch nach Änderungen an der Matrix der Warntafeln. Bisher konnte man nur »Stopp Polizei« anzeigen lassen. Dieser Wunsch wurde bereits in der jetzigen Fahrzeugcharge berücksichtigt. Künftig können auch weitere wichtige Hinweise, wie Gefahr, Sperrung, Stau und vieles mehr eingespielt werden.

Neu ist auch der Informationssignalgeber vorne, der – zur Verbesserung des Unfallschutzes für Fußgänger – von außen auf der Motorhaube nach innen hinter die Frontscheibe auf das Armaturenbrett wanderte. Im Bedarfsfall kann er dort elektrisch aufgeklappt werden. Damit sind jetzt auch hier alle Infotexte darstellbar.

Die Sondersignalanlage hat jetzt Warnblinker und zusätzliche Lautsprecher nach vorne, um die Verkehrsteilnehmer noch besser zu erreichen.

Für den Hintergrund der neuen retroreflektierenden Folie an den Fahrzeugen, die den Dienstwagen besser erkennbar machen, zeigten die Kolleginnen und Kollegen ebenfalls reges Interesse. Es gibt einen Grund, warum das Fahrzeug nicht auch im oberen Bereich komplett gelb gestaltet wird: Das Design der gelben Folierung ist in der Studie zur »Verbesserten Erkennbarkeit von Streifenfahrzeugen auf Bundesautobahnen und autobahnähnlichen ausgebauten Straßen« bereits festgelegt. Ergänzend setzen die Fachleute des LZPD NRW auf eine retroreflektierende Folie, um die Erkennbarkeit der Einsatzfahrzeuge noch zu verbessern. Diese Folie bricht einfallendes Licht derart, dass sie im Prinzip zur eigenen Lichtquelle wird. Das erhöht die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen, etwa beim Absichern einer Unfallstelle.



Komfort und Sicherheit beim Fahren.



Fotos: © LZPD NRW



»Das Fahrzeug ist modern und auch Menschen mit meiner Statur finden dort ihren Platz.«

Ingo Theobald

Mehr Sitzkomfort für Fahrer und Beifahrer

Sehr gespannt zeigten sich besonders die körperlich großen Kollegen zu der angekündigten Sitzausstattung in Polizeiausführung. Der Praxistest fiel durchweg positiv aus. Alle waren der Meinung, dass man als Fahrer und Beifahrer jetzt sehr viel mehr Sitzplatzkomfort hat. Thomas Lütkemeyer von der Autobahnpolizeiwa- che (APW) Moers (PP Düsseldorf) bestätigte, dass der Vito definitiv eine bessere Ausstattung als der VW T5 hat, gerade auch was die Sicherheitssysteme angeht. »Das Fahrzeug ist modern und auch Menschen mit meiner Statur finden dort ihren Platz.«

Auch PHK Ingo Theobald von der APW Sankt Augustin (PP Köln) freut sich darüber, dass es nun mehr Platz für den Fahrer gibt. Er schlug den Fachleuten des LZPD

NRW noch Verbesserungen für die Anbringung des »Steuerelements der Warntafel« im Fond des Fahrzeugs vor. Auch kam aus der Gruppe der »Inspektoren« noch die Anregung zu einem Griff als Einstiegshilfe in den Fond des Fahrzeugs. Angetan von den zahlreichen Innovationen bekommt der neue Mercedes Vito Tourer bei der Musterung aber schon jetzt einen deutlichen Praktiker-Daumen nach oben. Auf das künftige Einsatzfahrzeug darf man sich also freuen.

Im Bereich der Bereitschaftspolizei und der Alarmzüge wird es Ende des Jahres neue Fahrzeuge geben. So werden weitere, bisher als Halbgruppenfahrzeug eingesetzte VW T5 durch das Nachfolgemodell VW T6 abgelöst. **/// PHK'in Nadine Perske, LZPD NRW**

DIE NEUERUNGEN DES MERCEDES VITO GEGENÜBER DEM VORGÄNGER VW T5 KURZ ZUSAMMENGEFASST:

- > Der Seitenwind-Assistent erkennt plötzlich auftretende, starke Böen, die seitlich auf das Fahrzeug einwirken, und hilft durch gezielte einseitige Bremsenriffe das ungewollte Wegdriften des Wagens zu verhindern.
- > Der Aktive Park-Assistent findet passende Parklücken und lenkt das Fahrzeug selbsttätig und präzise hinein. Der Fahrer bedient lediglich Schaltung, Gas und Bremse.
- > Fahrer- und Beifahrersitz sind erstmalig als Sitz in »Polizeiausführung« gestaltet, das bedeutet beispielsweise hoch strapazierfähige Stoffpolster, angepasste Sitzwangen und flexible Gurtpeitschen.
- > Multifunktionslenkrad mit Schaltwippen
- > Tempomat
- > Im Fahrgastinnenraum gibt es durch die Innenraumverkleidung in gehobener Ausstattung eine bessere Wärme- und Geräuschdämmung.
- > Auffahrbarer Informations-Signalgeber hinter der Frontscheibe – dadurch sind alle Infotexte, wie Gefahr, Unfall etc. auch hier darstellbar.
- > Retroreflektierende Fahrzeugfolierung für eine bessere Erkennbarkeit
- > Die Sondersignalanlage hat jetzt Warnblinker und zusätzliche Lautsprecher nach vorne.



Die Bochumer Polizeipräsidentin Kerstin Wittmeier im Kreis der Polizeisportlerinnen und -sportler 2016 des Landes NRW.

Sportlerehrungen im Ruhrstadion in Bochum

Anerkennung für hervorragende Leistungen der Polizeisportlerinnen und Polizeisportler des Jahres 2016

Die Bürgermeisterin der Stadt Bochum, Gabriela Schäfer, und die Polizeipräsidentin Bochum Kerstin Wittmeier begrüßten ihre Gäste am 22. März in der festlich dekorierten Lounge der Stadtwerke Bochum im Ruhrstadion.

NRW-Innenminister Ralf Jäger sprach den Sportlerinnen und Sportlern der Polizei NRW seine Anerkennung aus. Das harte Training und die erzielten Leistungen neben dem Beruf verdienten Dank und Respekt.

Die Ehrungen führten dann Minister Jäger, die Bochumer Polizeipräsidentin Kerstin Wittmeier, der NRW-Polizeiinspekteur Bernd Heinen und der Polizeisportbeauftragte des Landes NRW, der Leitende Polizeidirektor (LPD) Roland Küpper, durch. Sie beglückwünschten die 54 Sportlerinnen und Sportler und die Verantwortlichen der Polizeisportvereinigung Bochum zu ihren herausragenden Leistungen, die sie im vergangenen Jahr in 17 verschiedenen Sportarten auf nationaler und internationaler Ebene erreicht hatten.

Besondere Talente

Polizeisportlerin des Jahres 2016 wurde Polizeikommissarin (PKin) Nadja Bazynski vom Polizeipräsidium (PP) Köln. Sie holte sich in der Gewichtsklasse bis 63 kg bei den Team-Europameisterschaften im Judo in Kazan (Russland) die Bronzemedaille und Silber bei den »European Open« des britischen Judoverbands in Glasgow.

Polizeisportler des Jahres 2016 wurde Polizeioberkommissar (POK) Sven Abbing aus dem PP Essen. Nach der erfolgreichen Teilnahme am »Mainova Ironman« in Frankfurt hatte er sich für die Weltmeisterschaften auf Hawaii qualifiziert. Dort ging er Anfang Oktober 2016 als 171. »Ironman« durchs Ziel.

Polizeimannschaft des Jahres 2016 wurde die Frauenmannschaft im Crosslauf in der Disziplin Kurzstrecke. PKin Kerstin van Embden (PP Duisburg), Kommissaranwärterin (KAin) Lena Kühn (PP Bonn), und KAin Aline Florian (PP Münster) holten sich bei den Deutschen Polizeimeisterschaften in Pforzheim den Titel im Crosslauf und gewannen Gold.



Die Frauenmannschaft im Crosslauf der Polizei NRW gewann Gold bei den deutschen Polizeimeisterschaften.



POK Sven Abbing nahm am »Ironman«-Extremmarathon auf Hawaii teil.



PKin Nadja Bazynski ist eine erfolgreiche Judosportlerin.

Fotos (5): Jochen Tack

Als Polzeisportverein des Jahres 2016 wurde die Polzeisportvereinigung (PSvg) Bochum geehrt. Die Polzeisportvereine setzen sich mit viel Engagement für die Belange der Gesellschaft und des Sports in der Polizei ein. Die PSvg Bochum hat in der Vergangenheit den Sport in der Polizei NRW maßgeblich auf Landes-, Bundes- und Europaebene unterstützt. Der Erste Polizeihauptkommissar (EPHK) Frank Stellmacher als erster Vorsitzender und der zweite Vorsitzende EPHK a.D. Paul Hannes nahmen die Ehrung stellvertretend für die PSvg Bochum entgegen. Das persönliche Engagement und Lebenswerk von Paul Hannes, der als Organisator und Ausrichter der polizeilichen Wettkämpfe über viele Jahrzehnte im Vordergrund stand, wurde bei der Ehrung besonders hervorgehoben.



EPHK Frank Stellmacher und Paul Hannes vom PSvg Bochum

Ein vielfältiges Rahmenprogramm

Zwischen den Ehrungen sorgte die Jazz-Rock-Pop-Band des Landespolizeiorchesters NRW unter der Leitung von Hans Steinmeier für gute Unterhaltung und einen ansprechenden Rahmen.

Die Darbietung der Sportabteilung Kendo der PSV Bochum beeindruckte die Gäste genauso wie der Auftritt von Carl Ellis, dem ehemaligen »Papa« in der Hauptrolle des »Starlight-Express«, und den Rollkünstlerinnen des Bochumer Roll- und Eissportvereins. Zum Abschluss begeisterten die Musiker der Matthias-Claudius-Schule unter Begleitung der Band die Gäste mit dem Titel »Bochum« von Herbert Grönemeyer.

Durch die Veranstaltung führte Polizeihauptkommissar (PHK) Johannes Weißenberg (PP Bochum), der durch seine professionelle Moderation für kurzweilige Unterhaltung sorgte.

/// Andrea Schaub, PSK NRW

Prominente Polzeisportler Festliche Ehrung durch das Deutsche Polzeisportkuratorium

Die diesjährige Polzeisportlerehrung des Deutschen Polzeisportkuratoriums (DPSK) auf Bundesebene wurde Anfang April vom Präsidium der Bereitschaftspolizei Sachsen im Hotel Hilton in Dresden ausgerichtet. Nordrhein-Westfalen wurde durch den Leitenden Polizeidirektor (LPD) Roland Küpper vertreten, den Polzeisportbeauftragten des Landes NRW.

In fünf Kategorien wurden die besten Polzeisportlerinnen und Polzeisportler geehrt.

Polzeisportlerinnen ohne Förderung

Bei den Polzeisportlerinnen ohne Förderung belegten die Langstreckenläuferin Domenika Mayer (Polizei Bayern) Platz 1 und ihre Kollegin Martina Schumacher (Polizei Saarland) Platz 3.

Auf Platz 2 in dieser Kategorie wurde Rike Westermann vom Polizeipräsidium (PP) Köln gewählt. Bei den Europäischen Polizeimeisterschaften im Crosslauf in Coventry holte sie mit der Mannschaft Gold. Beim »Ironman Austria« in Klagenfurt sprintete sie in ihrer Altersklasse auf den ersten Platz und qualifizierte sich damit für die Weltmeisterschaften auf Hawaii. In Österreich schaffte sie die 3,8 km Schwimmen, 180 km Radfahren und



Rike Westermann erreichte ihre persönliche Bestzeit beim »Ironman Austria« mit 9 Stunden und 53 Minuten.



Die deutsche Handballmannschaft der Männer zog in Dänemark unbesiegt ins Finale und holte sich mit dem Pokal auch den Titel »Europäischer Polizeimeister im Handball der Männer«.

den sich anschließenden Marathon mit 42,195 km in persönlicher Bestzeit mit 9 Stunden und 53 Minuten.

Rike Westermann war vor zwei Jahren auf Bundesebene in Saarbrücken zur »Polzeisportlerin ohne Förderung des Jahres« geehrt worden. Dennoch war es für sie wieder eine ganz besondere Anerkennung, bei der diesjährigen Ehrung in Dresden erneut nominiert worden zu sein.

Polzeisportler ohne Förderung

In dieser Gruppe wurden der Marathonläufer Marcus Schöfisch (Polizei Sachsen) auf Platz 1, der Judoka Maximilian Spisla (Bundespolizei) auf Platz 2 und Alexander Keller (Polizei Hessen) auf Platz 3 gewählt.

Polzeisportlerinnen mit Förderung

Hier belegte die Bahnradsportlerin Kristina Vogel (Bundespolizei) Platz 1, die Bogenschützin Lisa Unruh (Bundespolizei) Platz 2 und die Ruderin Annetkatrin Thiele (Bundespolizei) Platz 3.

Polzeisportler mit Förderung

Ausgezeichnet wurden der Kanute Sebastian Brendel (Bundespolizei) Platz 1, der Sportschütze Christian Reitz (Polizei Hessen) Platz 2 und der Diskuswerfer Christoph Harting (Bundespolizei) Platz 3.

Polzeimannschaften des Jahres

Zur »Mannschaft des Jahres« wurde die Nationalauswahl des DPSK im Handball der Männer gewählt. Der Fachwart Handball im DPSK, Thomas Link (PP Bielefeld), hatte den Kader sorgfältig ausgewählt und zusammengestellt.

Die deutsche Mannschaft konnte sich gegen die Gegner aus Ungarn, Norwegen, aus der Schweiz und Frankreich bis zum Finale durchsetzen. Im Endspiel gegen Dänemark gelang auch noch der entscheidende Sieg dieser Europäischen Polizeimeisterschaft mit 36:20 Toren.

Im siegreichen deutschen Handballteam spielten aus NRW

- > Jannik Oevermann (PP Düsseldorf)
- > Tim Gentges (PP Duisburg)
- > Maximilian Krönung (PP Gelsenkirchen)
- > Timo Adeyemi (PP Köln) und
- > Mathias Deppisch (PP Köln)

Wanderpokal für herausragende Leistungen im Polzeisport

Dieser Pokal wurde nach einer in Bund und Ländern erfolgten Wahl an die zweifache Olympiasiegerin Kristina Vogel (Bundespolizei) verliehen. // **Andrea Schaub, PSK NRW**

Bertram Welsing

Neuer Leiter der Direktion GE beim PP Bielefeld



Der Leitende Polizeidirektor Bertram Welsing hat die Funktion des Leiters der Direktion GE im Polizeipräsidium Bielefeld übernommen.

Zuvor leitete LPD Bertram Welsing die Direktion GE des PP Hamm.

/// Redaktion Streife

Wilfried Bergmann

Neuer Abteilungsleiter Polizei der KPB Siegen-Wittgenstein



Der Leitende Polizeidirektor Wilfried Bergmann hat die Funktion des Abteilungsleiters Polizei der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein übernommen.

LPD Bergmann tritt die Nachfolge von Franz-Josef Hahmann an. Zuvor leitete LPD Bergmann die Direktion GE der KPB Siegen-Wittgenstein.

/// Redaktion Streife

10. Philharmonisches Konzert »natur_erlebnis« Die »Streife« verlost 4 x 2 Freikarten



Leidenschaft, Disziplin, Hingabe – solche Tugenden sind in Dortmund nicht nur auf dem grünen Rasen beheimatet, sondern auch bei den Dortmunder Philharmonikern. Die Spielzeit 2016/17 krönt das 10. Philharmonische Konzert mit Gustav Mahlers dritter Sinfonie in d-Moll.

Mit ihrer 125-jährigen Geschichte verstehen sich die Dortmunder Philharmoniker als Orchester für die Bevölkerung der Stadt, der Metropole Ruhr und des gesamten Umlands. Mit Dirigent Gabriel Feltz führt das traditionsreiche Orchester Gustav Mahlers dritte und umfangreichste Sinfonie im Konzerthaus

Dortmund auf. Mahler schafft hier schier grenzenlose Klangwelten, die eine große suggestive Kraft entfalten.

Sechs Sätze, 90 Minuten Spielzeit. Eine Alt-Solistin und mehrere Chöre sind beteiligt. Mit diesem Werk schwingt sich Mahler zum Schöpfer auf und entwirft einen musikalischen Kosmos, der von der unbelebten Materie über Flora und Fauna bis zur Liebe Gottes wahrlich nichts ausspart. Der Komponist gab der Sinfonie den Untertitel »Ein Sommermittagstraum«. Hier prallen musikalische Gegensätze monumental aufeinander: scheppernde Märsche, ein galantes Menuett, gefolgt von derben Bauerntänzen und naiven Engelschören. All das wird

schließlich veredelt von einem Finale, das der Gipfel der Inbrunst ist. »Aber Symphonie heißt mir eben: mit allen Mitteln der vorhandenen Technik eine Welt aufbauen«, erläuterte Mahler dazu. Die Uraufführung im Jahr 1902 in Krefeld war ein Triumph.

Das 10. Philharmonische Konzert findet an zwei Abenden am 4. und 5. Juli 2017 im Konzerthaus Dortmund statt. Zu beiden Terminen verlost die »Streife« je 2 x 2 Freikarten.

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie nur das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 23. Juni 2017 einsenden an:

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, Redaktion Streife

Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf
E-Mail: streife@mik.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

Der Gewinner / die Gewinner werden durch Losverfahren durch das Redaktionsteam ermittelt. Der Gewinner / die Gewinner werden auf dem Postweg benachrichtigt.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zur Teilnahme am Gewinnspiel eingesandte Daten werden vier Monate nach Einsendeschluss gelöscht.

Maßeinteilung an Messgeräten	Luft der Lungen	Seemanns-ruf	australischer Wildhund	Krankheits-erreger	nicht hungrig	Vernunft, Verstand (lat.)	Aufforderung, etwas zu nehmen	Nähr-mutter	Kohle-produkt	japan. Brett-spiel	Tier-produkt
Schlange in „Das Dschun- gelbuch“			Schwert- lilie	6		Lehre vom Körper- bau					
Hptst. Grie- chen- lands		3		afro- amerik. Klavier- musikstil	2					Auflösung des letzten Rätsels ■ ■ ■ ■ D ■ A ■ E ■ ■ ■ I ■ U N G A R ■ S Y S T E M ■ A R B E I T ■ T ■ G O G H ■ A A L ■ A B A ■ R I G A ■ N ■ B A E R I N (1-6) Z O N E ■ H E L D London	
Papst- name	4		glühende Masse			Biene			5		
spa- nisch: Freund				ugs.: Herum- treiber					1		

sl1805-23

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktion

Ralf Hövelmann und Gordon Wenzek
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366

Internet: www.streife.polizei.nrw.de

E-Mail: streife@mik.nrw.de

ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Marsha Amelung
Katerina Breuer
Michael Bücker
Claudia Franken, LZPD NRW
Markus Henkel, MIK NRW
Walter Liedtke
Alexander Lorber
Nadine Perske, LZPD NRW
Victor Ocansey, LAFP NRW
Tobias Ostendorf, MIK NRW
Andrea Schaub, PSK NRW
Winfried Südkamp, LZPD NRW
Sandra Warnecke, FHÖV NRW
Wolfgang Weber, MIK NRW

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf
www.designiert.de

Druck

jva druck und medien, Geldern
Papier: Maxisilk

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung
können direkt an die Redaktion gesandt werden.
An den abgedruckten Beiträgen behält sich
die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe.
Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis.
Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert ein-
gesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Foto: Medienstern, LAFF NRW

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen